

# ZUKUNFT

DIE DISKUSSIONSZEITSCHRIFT FÜR POLITIK, GESELLSCHAFT UND KULTUR

Von der  
Macht  
Barbara Blaha

Let them come  
to Vermont!  
Ludwig Dvořák

BREXIT – eine  
ansteckende Krankheit  
Thomas Nowotny

Ein historischer  
Rückblick  
Irene Mozart



**sex in wien**  
wien museum



# EDITORIAL

Bundeskanzler Kern hat sehr nachdrücklich argumentiert, warum er die Zustimmung zur Unterzeichnung des CETA-Abkommens nach Vorliegen der Zusatzklärung nicht blockieren wollte. Es ist hier nicht der Raum, um zu diskutieren, welche Verbesserungen durch die Zusatzklärung wirklich erreicht wurden und was sich eigentlich im Bereich der Sondergerichtsbarkeit verbessert haben soll. Der politische Fehler liegt aber ohnehin primär im Unterschätzen des Symbolgehalts dieser Entscheidung: CETA und TTIP stehen symbolisch für die Macht der Konzerne, sie sind weit mehr als normale Handelsabkommen. Zu Recht hat Bundeskanzler Kern kritisiert, dass die EU derzeit als Promotor einer unfairen Modernisierung wahrgenommen wird. CETA und TTIP gelten, jedenfalls in Österreich, gleichrangig als Ausdruck dieser kritisierten Politik. Ein Nein zu CETA hätte Kern zu einer Symbolfigur gemacht, hätte mit einem Schlag die durch jahrelanges Lavieren und Kompromisse angeknackste Glaubwürdigkeit der SPÖ wiederhergestellt. Kern hat diese Chance vorbeiziehen lassen. Das ist eine vertane Chance, aber (noch) kein unüberwindbarer Schaden. Die Debatte um CETA ist nämlich noch lange nicht vorbei. Denn auch nach einer Unterschrift durch Europas Staats- und Regierungschefs beginnt der Ratifizierungsprozess erst. Ob alle Bedingungen erfüllt werden, ist die eine noch zu klärende Frage. Die andere Frage ist, welche Dimensionen das TTIP/CETA-Volksbegehren im Jänner erreichen wird, das eine Gruppe SPÖ-BürgermeisterInnen angestoßen hat.

Am Anfang dieses Heftes steht ein Text von Barbara Blaha, der ihre Eröffnungsrede zu Momentum16.Macht wiedergibt und in dem sie sich mit der Frage auseinandersetzt, welchen Umgang die Linke mit der Macht pflegen sollte.

30 Jahre nach ihrem Verschwinden von der politischen Agenda ist die ArbeiterInnenklasse zurück im politischen Diskurs: Ludwig Dvořák skizziert die Debatte rund um das bemerkenswerte Buch von Didier Eribon und die Ursachen für die das Abdriften von Teilen der ArbeiterInnenschaft nach rechts. Er plädiert dafür, diese Entwicklung nicht als unum-

kehrbar zu betrachten, sondern zu überlegen, wie man die positiven Gegenbeispiele, von Corbyn bis Sanders, auch für die österreichische und europäische Sozialdemokratie nutzbar machen kann.

Thematisch verwandt ist dazu auch der Beitrag von Fabian Steinschaden: ER geht der Frage nach, warum die westlichen Gesellschaften immer mehr Angst haben, obwohl sie objektiv so sicher sind wie selten zuvor und welche Rolle der Neoliberalismus und rechte Populisten dabei spielen, unsere Gesellschaft in ständige Alarmbereitschaft zu versetzen.

Martin Winkler setzt in Teil 2 seines in ZUKUNFT 09/2016 begonnenen Beitrags seine Überlegungen fort, wie sich die Sozialdemokratie neu erfinden muss, um wieder dauerhaft erfolgreich zu sein.

Der Brexit und seine europapolitische Bedeutung beschäftigen Thomas Nowotny in seinem Text.

Catherine Spöck will mit ihrem Beitrag die Frage aufwerfen, welche Voraussetzungen geschaffen werden müssen, um auch individuell soziale Verantwortung tragen zu können.

Nach den Buchtipps greift Irene Mozart die von Bundeskanzler Christian Kern im September nach auf die politische Bühne Österreichs getragene Debatte über eine andere europäische Wirtschaftspolitik auf und stellt sie in eine historische Perspektive. Sie arbeitet heraus, dass es dabei nicht nur um eine Verbesserung technischer Abläufe geht, sondern um eine grundlegende Umgestaltung unserer Wirtschaftspolitik als Voraussetzung für eine funktionierende Wirtschaft.

Wir wünschen gute Unterhaltung beim Lesen und Schauen!



# Inhalt



SCHILD »SEX = ARBEIT«, UM 2010  
© Verein LEFÖ – Beratung, Bildung  
und Begleitung für Migrantinnen

- 6 **Von der Macht von**  
VON BARBARA BLAHA
- 12 **Let them come to Vermont!**  
VON LUDWIG DVOŘÁK
- 18 **Schwindelig ängstlich. Warum wir  
so viel Angst haben**  
VON FABIAN STEINSCHADEN
- 26 **Die SPÖ muss sich wohl oder  
übel neu erfinden (Teil 2)**  
VON MARTIN WINKLER
- 34 **BREXIT – eine ansteckende Krankheit**  
VON THOMAS NOWOTNY
- 40 **Politische Organisation sozialer  
Verantwortung und Identität**  
VON CATHERINE SPÖCK
- 48 **Buchtipps**  
Sachliches & Belletristisches
- 50 **Ein historischer Rückblick**  
SCHLUSSWORT VON IRENE MOZART

# Von der Macht

**Barbara Blaha setzte** sich in ihrer Eröffnungsrede bei momentum16.Macht mit der Frage auseinander, welche Rolle der Machtbegriff für die Linke spielt. Und warum die Lektüre von Machiavelli in linken Kreisen kein Argument für einen als »Pragmatismus« umgedeuteten Zynismus, sondern Anlass für eine geradlinige und mutige Politik sein sollte.

**A**uf dem Weg zu meiner Arbeit komme ich immer an einer Straßenbahnstation vorbei, auf die seit Jahren jemand mit schwarzem Filzstift schreibt: »Männer werden in Österreich unterdrückt und diskriminiert [Drei Ausrufezeichen]«. Die Wiener Linien schrubben das nach einer Zeit immer weg, aber eines Morgens steht es plötzlich wieder da: »Männer werden in Österreich unterdrückt und diskriminiert«. Und nie fehlen diese drei Ausrufezeichen, Repräsentanten eines wütenden Aufschreis.

Interessant finde ich daran, dass sich hier offensichtlich ein tief gekränkter, zorniger Mensch bemüht, sich und der Welt seine eigene Marginalisierung zu erklären. Er – wir wollen jetzt mal unterstellen, dass es sich um einen Mann handelt – fragt sich: warum bin ich machtlos? Antwort: Weil ich ein Mann bin. Bin ich alleine? fragt er weiter. Nein, es geht mir wie allen meiner Geschlechtsgenossen: Alle sind wir unterdrückt. Die Schuldigen benennt er interessanterweise nicht explizit. Wir dürfen aber annehmen, dass in der einen oder anderen Weise Frauen verantwortlich gemacht werden.

Das alles widerspricht natürlich sämtlichen empirischen Evidenzen. Genauso gut könnte da stehen: Wir Österreicher. Oder, mehr ins Klassische gehend: wir Nichtjuden. In all ihrer Faktenwidrigkeit ist die Notiz an der Bim-Station aber doch Ausdruck großer Verzweiflung. Lassen wir mal den abstrusen Versuch beiseite, die Herrschaft zu benennen, durch die sich unser Parolenschreiber geknechtet fühlt. Die spannende Frage ist doch: Woher kommt sein Gefühl des Beherrscht-Werdens? Ist das wirklich nur die Fieberphantasie eines Paranoikers, die wir einfach vom Tisch wischen können? Für mich verweist das auf das erste große Bündel von Fragen, die sich im Kontext von Macht stellt: Jene der Demokratie.

## MACHT UND DEMOKRATIE

Das Prinzip »one man – one vote« sollte die Machtvollkommenheit der Monarchen brechen. In demokratisch organisierten Gemeinwesen wird Macht im Namen und Auftrag aller über alle ausgeübt und dabei durch alle kontrolliert. Wenn wir uns selbst beherrschen, lässt sich da eigentlich überhaupt noch von Machtausübung sprechen oder erübrigt sich die Kategorie unter solchen Rahmenbedingungen nicht letztlich?

Wie passt demokratisch legitimierte Machtausübung zusammen mit der weithin empfundenen Ohnmacht?

Im Deutschen ist die Wortbedeutung von »Macht« interessanterweise viel eindeutiger als in anderen Sprachen – viel eindeutiger negativ. Macht wird als Möglichkeit verstanden, anderen den eigenen Willen zu diktieren. Mächtig ist, wer seine Interessen anderen aufzwingen kann.

Das Englische ist da ambivalenter. »Power« bedeutet beides, Macht und Kraft. Während Macht im Deutschen letztlich immer mit Zwang verbunden ist, speist sich Power aus vielen unterschiedlichen Quellen: aus Überzeugung, aus dem besseren Argument, aus dem Schwung.

Es steht nun die Hypothese im Raum, dass wir von diesem Schwung alle profitieren. Demzufolge wäre es gar nicht wünschenswert, ihn durch demokratische Mechanismen abzufedern. Ist dem so? Nützt Macht am Ende vielleicht tatsächlich allen?

Das führt uns zum zweiten großen Themenfeld: Die Sphären der Macht – und wie Macht auf diesen verschiedenen Ebenen jeweils zum Tragen kommt.

## DIE SPHÄREN DER MACHT

Wir werden uns schnell darauf einigen können, dass Macht jedenfalls zwischen dem Starken und dem Schwachen ist – dort also, wo mit Gewalt oder zumindest der Androhung von Gewalt Menschen gefügig gemacht werden.

Die Trägergruppen der Macht sind hier klar, die Varianten der Ausübung auch: physische Gewalt, wirtschaftliche Repression, oder auch psychische Gängelung. Immer gibt es einen Mächtigen und einen Überwältigten.

Das passt gut zu einem zentralisierten Machtbegriff, wie er über alle weltanschaulichen Differenzen hinweg weithin geteilt wird. Liberale wie Adam Smith, Sozialisten wie Karl Marx und schließlich auch Anarchisten wie Johann Most: Sie alle nehmen in der einen oder anderen Form an, dass sich herrschende Klassen in der Moderne exekutive Organisationen schaffen – den Staat. Der Staat organisiert die Gesellschaft dann in ihrem Sinne und schützt ihre Interessen. Nach der individuellen Sphäre würden wir hier auf die kollektive stoßen: Der Staat als geronnene, organisationgewordene Macht.

Die Beurteilung dessen weicht natürlich je nach Standpunkt voneinander ab. Adam Smith hat als Philosoph des aufstrebenden Bürgertums naheliegenderweise nichts einzuwenden gegen bourgeoise Herrschaftsapparate. Marx und Freunde sind sich nicht schlüssig – als kleinster gemeinsamer Nenner bleibt übrig, dass der Staat in der bisher bekannten Form absterben muss, wenn ihm seine Grundlage in den Produktionsverhältnissen abhandenkommt. Der Anarchismus wiederum wendet sich gegen den Staat, in der Hoffnung, damit Machtbeziehungen ganz aus der Gesellschaft verbannen zu können. Dann werden, wie Johann Most 1887 im New Yorker Exil schreibt, »Die in gesetzliche Käfige gezwängten Menschen von heute [...] in den Augen der künftigen Gesellschaft wie die Insassen eines zoologischen Gartens erscheinen.«

Wenn der Staat das ausübende Organ einer Herrschaft wäre, die nicht unsere ist – was sagte das über unsere Beziehung zum Staat, über unsere politischen Perspektiven? Und was, wenn sich Macht nicht in einer Subjekt-Objekt-Beziehung erschöpft? Was, wenn Machtausübung über das Vorhandensein einer dominanten und einer dominierten Partei hinausgeht?

Die zentrale These von Foucaults »Überwachen und Strafen« ist ja letztlich, dass Macht alle Dimensionen unseres täg-

lichen Lebens durchdringt. Instrumente wie Gefängnisse und Psychiatrien dienen demnach nur dazu, mit Gewalt relativ kleine Minderheiten zu disziplinieren.

Die große Mehrheit wird im Verlauf ihrer Sozialisation selbst zum Instrument der über sie ausgeübten Macht. Macht ist in diesem Verständnis nichts mehr, was nur von außen auf uns einwirkt. Zum Gutteil ist sie in uns, hat längst unsere Psychen kolonialisiert. Wir können ihr, so die konsequente Weiterführung der These, daher auch kaum mehr entkommen. Das Über-Ich ist schließlich selbst durch analytische Arbeit kaum mehr zu korrigieren.

Eine Macht, die nicht mehr aktiv ausgeübt wird, sondern auf Selbstkonditionierung beruht, ist nicht mehr zu überwinden. Die Frage wäre allenfalls, ob man hier überhaupt noch von Macht und Herrschaft sprechen kann. Wenn sich Menschen aus eigenem Antrieb systemkonform verhielten, nötigte ihnen doch niemand etwas auf. Die Anpassungsleistung entspränge ihrem eigenen Wunsch.

Was gegen diese These von der atomisierten Macht spricht, ist unser Mann von der Straßenbahnhaltestelle. Was uns zum Wechselspiel von Macht und Ohnmacht bringt.

## MACHT UND OHNMACHT

Bei einem einzelnen Mann, der im Schutz der Dunkelheit abstruse Parolen schmiert, könnte man als Motiv so manche individuelle Kränkung annehmen: Würde da jemand zurückgewiesen? Verlassen? Betrogen? Hat sich die Ex-Partnerin im Sorgerechtsstreit durchgesetzt, Unterhaltszahlungen erstritten oder nach einer tätlichen Auseinandersetzung gar ein Betretungsverbot in der gemeinsamen Wohnung erwirkt?

Aber wir haben es ja nicht mit einem Einzelnen zu tun. Machen wir uns nichts vor: Das sind nicht ein paar Versprengte. Das sind Millionen. Die liberalen Medien gefallen sich darin, die Dummheit und Borniertheit von PEGIDA, FPÖ oder den Trump-Fans herauszuarbeiten. Tatsächlich lassen einen die ja schon manchmal staunend zurück. Was soll man von Leuten halten, die glauben es gäbe einen Plan der Eliten zum Austausch der widerspenstigen Bevölkerung – und Migration sei das Instrument hierfür?

Was geht vor in denen, die glauben, dass der Klimawandel eine Erfindung der Chinesen sei, um die Wettbewerbsfähigkeit der westlichen Industrie zu untergraben? Oder die Do-

nald Trumps Behauptung schlüssig finden, in Kalifornien sei es seit Jahren deshalb so trocken, weil auf geheimen Geheiß der Regierung ein großer Teil des vorhandenen Süßwassers ins Meer gepumpt werde um dort »irgendeine Art 3-Inch-Fisch zu retten«? Gar nicht zu reden über das was in denen vorgeht, die von »der Ostküste« faseln, wenn sie das »Weltjudentum« meinen...

Was weckt in all diesen Menschen das Bedürfnis nach noch dermaßen kruden Erklärungen für die Welt in der sie leben? Durch die mediale Berichterstattung wird stark der Eindruck vermittelt, als seien es nur die verhaltensoriginellen Ränder der Gesellschaft, die sich benachteiligt fühlen. Was für eine perfide Denunziation von Machtlosigkeit, von berechtigtem Unmut!

Die soziale Schieflage hat mittlerweile völlig groteske Ausmaße angenommen. Und die Spirale dreht sich weiter, der Druck steigt, die Lohnquoten samt real verfügbaren Einkommen sinken, die begriffliche Angst gebiert Wut. Und diese Wut sucht ein Ventil.

Es ist ein Allgemeinplatz, dass die Trumps, Petrys und Straches dieser Welt vor allem davon profitieren, dass sie sich erfolgreich als Sprachrohr gegen das System inszenieren. Was nur nie dazugesagt wird: Die Mehrheit der Menschen hat gute Gründe, an diesem System zu zweifeln. Die rechten Demagogen sind die einzigen, die diesen Zweifel aufgreifen – um ihn gezielt fehlzuleiten. Tatsächlich sind sie selbst natürlich Establishment wie man überhaupt nur Establishment sein kann. Würden sie die realen Verantwortlichen für den status quo präsentieren, sie müssten auf sich selbst zeigen. Ihre Hetze ist deshalb nicht einfach nur »Pöbelsport«, wie Karl Lueger, selbst ein Meister dieses Fachs, gesagt hat. Die Hetze ist Eigennutz. Sie ist Teil der Machtbeziehung: Die Mächtigen gehen hinter einer Minderheit in Deckung vor der Wut der überwiegenen Mehrheit der Machtlosen.

Was also tun?

### GEGENMACHT

Manche – und keineswegs nur die Schlechtesten – meinen, es wäre eine demokratiepolitische Verpflichtung (oder auch nur ein besonders schlauer strategischer Schachzug) »die Sorgen und Ängste der Menschen ernst zu nehmen«. Sie plädieren im Klartext dafür, dem geballten Irrationalismus entgegen zu kommen. Und beginnen auch ihrerseits, sich an den Feind-

bildern der Rechten abzuarbeiten, sich auf MigrantInnen und Arme einzuschließen. Sie verraten damit nicht einfach ihre Werte. Sie machen vom ganz nüchternen Standpunkt der Macht betrachtet einen schweren Fehler. Statt die Auseinandersetzung endlich auf vertrautem Territorium zu suchen, begeben sie sich ungedeckt ins Feld der Gegenseite. Sie übernehmen deren Spielregeln, deren Feinde, deren Diskurs. Und bestätigen damit scheinbar das, was die Rechten ohnehin schon immer gesagt haben. Es ist der Versuch, Gegenmacht aufzubauen, indem man die bestehende Macht bei jeder Gelegenheit lobt und preist. Was für eine Strategie! Die Rechten schlagen zu wollen, indem man in ihr Gekeife über Kopftücher und Badebekleidung einstimmt, statt über soziale Ungerechtigkeit zu sprechen – über fehlende Jobs, explodierende Wohnungspreise, über ein Altern in Würde, über Kindergartenplätze und Ganztageschulen. Und vor allem auch über die Frage, wie man endlich diejenigen in die Pflicht nehmen kann, die unermessliche Reichtümer geschneifelt haben, während die breite Mehrheit mehr und mehr den Boden unter den Füßen zu verlieren droht.

Wenn man das Schielen nach rechts für falsch hält, schallt einem entgegen, man sei »nicht pragmatisch« genug, »verstehe die Menschen nicht«, sei »ein Träumer«. Es ist nicht ohne Ironie, sich das von Leuten sagen zu müssen, die dafür verantwortlich sind, dass wir uns alle ordentlich den Kopf verrenken müssen, um die 30-Prozent-Marke hoch am Himmel noch zu erkennen.

Unter den selbsternannten Pragmatikern ist es schon seit Jahren schick, bei Gelegenheiten einzustreuen, man habe Machiavelli gelesen. Damit meint man, dem Gegenüber zu verstehen zu geben, man sei gewissermaßen akademisch gebildeter Machtmensch. Machiavellis Empfehlungen werden dabei meist auf einen Kurzkatalog von Zynismen und opportunistischem Verhalten reduziert, auf eine Abfolge von griffigen Kurzzitaten:

»Die Handlungen aller Menschen [...] beurteilt man nach dem Enderfolg« oder »Man muss [...] ein Fuchs sein, um die Schlingen zu wittern, und Löwe, um die Wölfe zu schrecken« usw.

Mir selbst ist diese Art des Machiavelli-Zitierens noch lebhaft in Erinnerung aus einer Diskussion mit einem sozialdemokratischen Funktionär, der sich seit eh in der Rolle des ganz besonders Belesenen gefällt. Ich hatte damals vorgeschla-



gen, die Finanzierung der Universitäten an einer bestimmten Steuer fest zu machen. Daraufhin wurde mir mit mildem Lächeln erklärt, schon Machiavelli schreibe doch, dass man sich hüten müsse, das Eigentum der Untertanen anzugreifen. Deshalb sei schon das Reden über Steuererhöhungen das reinste Gift, ja eigentlich Steuererhöhungen überhaupt.

Nach diesem Gespräch habe ich mir gedacht, dass ich nicht ewig die bleiben will, die auf die »Machiavelli-schreibt«-Argumente nichts sagen kann. Also habe ich ihn auch gelesen. Seither denke ich mir, dass die alle nicht zu viel, sondern zu wenig Machiavelli gelesen haben.

Zum Beispiel das Steuerthema. Machiavelli warnt tatsächlich davor, die eigenen Untertanen auszupressen, »denn die Menschen vergessen rascher den Tod ihres Vaters als den Verlust ihres väterlichen Erbes«. Aber da gibt es einen entscheidenden Nachsatz, nämlich dort wo es um die Frage geht, ob ein Herrscher freigiebig sein soll oder nicht:

»Es kommt darauf an, ob ein Herrscher seine Aufwendungen mit eigenen Mitteln und den Mitteln der eigenen Untertanen bestreitet oder aus dem Gut anderer Leute. Im ersten Fall muß er sparsam sein, im zweiten Fall darf er keine Gelegenheit zur Freigiebigkeit vorübergehen lassen.«

Lässt sich eine prägnantere Aufforderung zur Umverteilung und gegen Massensteuern denken?

Auch, wenn es um die Frage des Anbiederns an den rechten Mainstream geht, werden wir fündig. So wird dem Fürsten zwar wirklich empfohlen, es bei Bedarf mit den moralischen Grundsätzen nicht so genau zu nehmen. Aber die große Gefahr für die Macht lauert für Machiavelli an einem anderen Punkt. Wer Macht möchte, der müsse sorgsam »alles vermeiden, was ihn verhaßt und verächtlich machen kann. [...] Verächtlich macht sich, wer für launisch, leichtfertig, feige und entschlossenlos gilt; davor muß er sich hüten wie vor einer Klippe.«

Stattdessen müsse alles Streben darauf ausgerichtet sein, »daß man in allen Handlungen Großmut, Kühnheit, Ernst und Kraft spürt.«

Sollen wir mal kurz erheben, wer hier im Raum mit der Partei die er oder sie zuletzt gewählt hat, eher launische Leichtfertigkeit und Entschlossenlosigkeit assoziiert als Groß-

mut, Kühnheit, Ernst und Kraft? Und könnte vielleicht hierin – und nicht in den Zuwanderern – ein ziemlich massives Problem der Linken bestehen?

Wer Gegenmacht aufbauen möchte, ist vor diesem Hintergrund gut beraten, sich über zwei Dinge klar zu werden: Über sein Ziel – und über die vorhandenen Ressourcen, die mobilisiert werden können dieses Ziel zu erreichen. Die Ressourcen der Gegenseite sind klar: Geld und Medienmacht, dazu einen akademischen Apparat, der sie unablässig mit gefälligen »Expertisen« versorgt. Zeit, uns zu fragen, was unsere Ressourcen sein könnten. Eine ganz wesentliche ist sicher das bloße Größenverhältnis: Es gibt eine natürliche Mehrheit für das Ziel einer gerechten Gesellschaft – weil diese Mehrheit davon aktiv profitieren würde. Zur Ressource wird diese Mehrheit aber nur, wenn sie sich auf gemeinsame Grundlagen verständigt und sich nicht fortwährend auseinander dividieren lässt.

Ich bin mir aber sicher, unsere große Zahl ist zwar eine Grundlage, aber nicht die einzige Ressource. Deshalb veranstalten wir diesen Kongress. Um in Anlehnung an John Lennon zu fragen: Wie Macht zu Power werden kann, und wie diese *Power to the people* kommen kann.

## MACHT MACHT WAHNSINNIG

Eigentlich wäre das wäre das ein schöner Schluss, aber ich möchte noch einen allerletzten Punkt anfügen. Die Frage der Gegenmacht ist zweifellos zentral. Aber wir sollten nicht übersehen, dass damit unsere Probleme keineswegs alle gelöst sind. Denn Macht ermöglicht Gestaltung, sie kann Ausbeutung beenden und zu mehr Gerechtigkeit beitragen. Aber Macht, das zeigt gerade auch die Geschichte der Sowjetdiktaturen nur zu deutlich, korrumpiert und verroht ihre Träger.

Macht macht wahnsinnig. Die große Herausforderung, der wir uns als Gesellschaft gegenüber sehen ist demnach, einen konstruktiven Umgang mit diesem Wahnsinn zu finden, den wir offensichtlich als steten Gast in unserer Mitte sitzen haben. Es geht nicht nur darum, ihn für unsere Zwecke einzuspannen. Sondern mindestens ebenso sehr darum, seinem Reiz nicht zu erliegen, ihm engstmögliche Grenzen zu ziehen.

Unser Ziel ist nicht nur Ermächtigung. Sondern mindestens ebenso sehr Entmächtigung.



**BARBARA BLAHA**

ist Germanistin und politische Leiterin von Momentum.

**Sexualität und Stadt** — eine ebenso lustvolle wie anstößige Beziehung. Nie zuvor haben sich Formen, Darstellungen und die Bewertung von Sex so stark verändert wie im Prozess der Urbanisierung. Die moderne Großstadt eröffnete Freiräume und versprach Anonymität, Auswege aus sozialer Kontrolle und die Erfüllung sexueller Wünsche. Zugleich schuf die Stadt neue Möglichkeiten der Überwachung, der Disziplinierung und der Kategorisierung von Sexualität.

Die Ausstellung „Sex in Wien“ erzählt anhand zahlreicher Beispiele vom 19. Jahrhundert bis heute, wie dieses stete Ringen um Verbot und Freiheit jeden Moment einer sexuellen Begegnung prägte und prägt — vom „ersten Blick“ bis zur „Zigarette danach“. Wer durfte wen auf welche Weise anschauen? Wer wen ansprechen? Welche Arten von sexuellem Begehren konnten offen ausgelebt werden, welche nur im Verborgenen? Und welche Konsequenzen musste man fürchten, wenn man erwischt wurde?

Deutlich wird dabei, dass es weder Moralpredigten, wissenschaftliche Systematisierung, noch polizeiliche Kontrolle je geschafft haben, all das zu reglementieren, was in den Schlafzimmern, in geheimen Räumen und in dunklen Ecken der Stadt seinen Platz gefunden hat.

Eine Ausstellung in Kooperation mit QWIEN - Zentrum für schwul/lesbische Kultur und Geschichte

bis 22.1.2017  
Wien Museum  
1040 Wien, Karlsplatz 8  
[www.wienmuseum.at](http://www.wienmuseum.at)

# sex

## wien museu



in wien

m

# Let them come to Vermont!

**Frankreichs ArbeiterInnen wählen** heute rechts, weil sich die linken Parteien von ihnen abgewendet haben, argumentiert der französische Philosoph Didier Eribon überzeugend. Nachdem Europas Linke in den letzten 30 Jahren die Existenz der ArbeiterInnenklasse geleugnet hatte, verzweifelt sie nun an der angeblichen Unvereinbarkeit von urbanen Mittelschichten und »alter ArbeiterInnenschaft«, von Provinz und Metropole, von MigrantInnen und autochthoner Bevölkerung. Doch statt das eigene Scheitern theoretisch zu begründen, sollte die Linke lieber praktische Erfolge wie die Kampagne von Bernie Sanders und den Erfolg Jeremy Corbys analysieren, um von ihnen zu lernen.

**D**ie ArbeiterInnenklasse feiert eine unerwartete Renaissance im politischen Diskurs der Sozialdemokratie und der Linken generell. Jahrzehntlang hatte es geradezu zum guten Ton gehört, sich bei Diskussionen und Versammlungen wechselseitig zu versichern, dass es »den klassischen Arbeiter« ja eigentlich nicht mehr gebe, nicht mehr lange geben werde oder, wenn es ihn doch geben sollte, er politisch jedenfalls zunehmend bedeutungslos sei. Auch die »BILLA-Kassierin«, als Prototyp weiblicher Beschäftigter im Dienstleistungssektor, wurde bestenfalls als Stichwort in Polit-Debatten, nicht aber als ernsthaftes politisches Subjekt betrachtet. Diese Entfremdung linker Parteien von ihrer angestammten Klassenbasis ist es, die der französische Philosoph Didier Eribon auch in seinem autobiographischen Buch »Rückkehr nach Reims« beschreibt und die er für den »vermeidbaren Aufstieg des Front National«<sup>1</sup> verantwortlich macht. »Wenn man ‚Klassen« und Klassenverhältnisse einfach...aus dem politischen Diskurs entfernt, verhindert man noch lange nicht, dass sich all jene kollektiv im Stich gelassen fühlen, die mit den Verhältnissen hinter diesen Wörtern objektiv zu tun haben. Von den Verfechtern ... der ‚notwendigen‘ Deregulierung und des »notwendigen« Rückbaus sozialer Sicherungssysteme fühlen sie sich nicht länger repräsentiert...ich [bin] mir sicher, dass man die Zustimmung zum Front National zumindest teilweise als eine Art politischer Notwehr der unteren Schichten interpretieren muss. Sie versuchten, ihre kollektive Identität zu verteidigen, oder jedenfalls eine Würde, die seit je mit Füßen getreten worden ist und nun sogar von denen missachtet wurde, die sie zuvor repräsentiert und verteidigt hatten.« Und tatsächlich scheint

es ja das Erstarren der Rechtsextremen zu sein, das Teile der Linken wieder veranlasst, sich wieder mit der ArbeiterInnenklasse geistig zu beschäftigen – wenn auch teilweise mit fragwürdigen Ergebnissen.

## DIE DÄMONISIERUNG DER ARBEITERINNENKLASSE

Dabei skizziert Eribon nur einen Prozess für Frankreich, dessen Muster auch in anderen Ländern spürbar und Gegenstand politischer Debatten ist. Schon 2011 hatte der britische Journalist Owen Jones mit seinem Buch »Prolls – die Dämonisierung der Arbeiterklasse« (ZUKUNFT 12/2011) beschrieben, wie die gesellschaftliche Verächtlichmachung von ArbeiterInnen den Schlussstein eines von Margaret Thatchers begonnen und auch vom Blairismus betriebenen Ausschließungsprozesses breiter Bevölkerungsteile darstellte. Die politischen Folgewirkungen wurden zuletzt beim Brexit-Referendum voll spürbar: Der Hass der Unterschichten gegen die Eliten brach sich in einem vordergründig irrationalen und objektiv selbstschädigenden Votum für einen von einer konservativen Regierung verhandelten EU-Austritt Bahn. In Hochburgen der Labour Party in Nordengland konnte die Brexit-Kampagne mit einer sozialpopulistisch verbrämten, aber primär auf nationale Identitäten und Rassismus setzenden Kampagne ebenso reüssieren wie in Kerngebieten der Konservativen.

## DER BREXIT UND DIE »PSEUDOREVOLTE« GEGEN DIE ELITEN

Und so liest sich Paul Masons Reportage über den Erfolg der Brexit-Kampagne in *Le Monde diplomatique* in weiten Strecken

wie eine popularisierte Kurzfassung von Eribons Roman: »Während der Brexit-Kampagne konnte man es überall hören, wenn man darauf achtete: Beiläufige rassistische Bemerkungen, kleine Revolten gegen die Political Correctness. Da ich selbst aus einer kleinen Arbeiterstadt stamme, wusste ich, was sie bedeuteten: Da begann eine Pseudorevolte der Unterklasse – gegen das Wertesystem einer progressiven gesellschaftlichen Elite und deren langfristiges Projekt: die Mitgliedschaft in der EU.«<sup>2</sup> Für Labour tue sich mit dem Brexit und einer auf nationale Identifikation setzenden ArbeiterInnenklasse eine Kluft auf zwischen »dem Handwerker mit geringem Bildungsgrad, der die National-Flagge am Fenster seines Lieferwagens hängen hat« und dem »bärtigen Hipster, dessen Trips zur Vernissage nach Berlin und zum Feiern nach Ibiza künftig infrage stehen und der seine kulturelle Überlegenheit als progressiver Mensch und Antirassist ... jetzt bedroht sieht«. Ein Widerspruch, den auch der deutsche Politikwissenschaftler Reinhard Merkel festmacht: »Die junge, intellektuelle Linke hat den Bezug zu der Unterklasse im eigenen Land fast gänzlich verloren.«<sup>3</sup>

### HAT DIE LINKE EINE ZUKUNFT?

In Verbindung mit der rasanten Änderung der Wirtschaft und der Arbeitswelt stellt für den britischen Journalisten John Harris<sup>4</sup> diese Entwicklung die Zukunft der Linken an sich in Frage. In seinem, auch in Österreich rezipierten,<sup>5</sup> Text tut er die Vorschläge Corbyns (und seines Gegenkandidaten Owen Smith) zur Reglementierung der Arbeitsmärkte und zur Stärkung gewerkschaftlicher Gestaltungsmacht als untaugliche Versuche ab, das Rad der Zeit zurückzudrehen und der Individualisierung der Arbeitswelt zu begegnen. Gleichzeitig verlangt er, den neuen nationalen Identitäten Rechnung zu tragen. In diese Kerbe schlägt auch der blairistische Labour-Abgeordnete Tristram Hunt, der »mehr Stolz auf die englische Nation« für den Schlüssel zur Wiedergewinnung der verloren gegangenen Kernschichten hält.<sup>6</sup> In Hinblick auf die Entwicklung des Arbeitsmarkts plädiert Harris dafür, das »beinahe religiöse Faible« Labours für bezahlte Erwerbsarbeit aufzugeben und das Grundeinkommen als politische Forderung zu forcieren. An eine Versöhnbarkeit der auseinanderdriftenden Labour-Milieus glaubt er offenbar nicht. Und folgerichtig plädiert er für eine Änderung des Wahlrechts, die es erlauben würde, dass sich Labour spaltet, um dann »in neuen Koalitionen und Allianzen« mehrheitsfähig zu werden.

### KEIN GRUND FÜR OPTIMISMUS?

Harris steht dabei zweifellos auch unter dem Eindruck einer lähmenden parteiinternen Auseinandersetzung zwischen

dem von den Mitgliedern gewählten Parteichef Jeremy Corbyn und der Parlamentsfraktion, deren kläglich gescheiterter Coup zum Sturz des Parteiführers in einem klaren politischen Sieg Corbyns geendet hat. Eribons Beobachtungen sind dabei für das Verständnis dieses zweifachen Siegs des Underdogs des Parteiestablishments äußerst hilfreich. Seit den Unterhauswahlen im Mai 2015 hat sich die Zahl der Parteimitglieder mehr als verdreifacht, mit 600.000 Mitgliedern ist Labour heute die stärkste sozialdemokratische Partei Europas. Corbyns Sieg beruht auf dem völligen Vertrauensverlust der Labour Party innerhalb der eigenen AnhängerInnenenschaft, auf der Verachtung des Parteiestablishments für die ArbeiterInnenklasse und die eigenen Mitglieder. Corbyns Schatten-Außenministerin Emily Thornberry fasste die Kritik am blairistischen Regierungssystem Ende August 2016 prägnant zusammen: »Studiengebühren, die Vermarktlichung des Gesundheitssystems, die Missachtung bürgerlicher Freiheiten und der Irak-Krieg wurden von einer Parteiführung durchgesetzt, die erst dann von einer Sache überzeugt war, wenn sie sich versichert hatte, dass die eigenen Mitglieder diese Politik hassten.«<sup>7</sup> Corbyn war und ist ein Identifikationspunkt für ArbeiterInnen, die von seinen Vorgängern missachtet wurden. Bei einer Corbyn-Veranstaltung drückte das ein Rezeptionist gegenüber dem Guardian so aus: »Wir sind KernwählerInnen aus einer traditionellen Labour-Familie. Wir sind keine Groupies oder Sektenmitglieder oder willenlose Soziopathen. Wir sind ganz normale Leute, die es einfach satt haben, dass man uns sagt, wir müssten akzeptieren, dass sich unsere Partei nur dafür interessiert, ob die WählerInnen in den »swing seats« finden, dass wir es wert sind, die Sozialleistungen, auf die manche von uns angewiesen sind, zu bekommen oder ob wir dabei das Recht haben, in einer Wohnung zu wohnen, wo es – Gott behüte – noch ein Extra-Kabinett gibt.«<sup>8</sup> Die Wahlergebnisse sind Zeugen dieser Frustration der ArbeiterInnenenschaft über Labours Regierungsarbeit: Von 2001 bis 2010 verlor Labour im Schnitt fast 12 % der Stimmen, unter FacharbeiterInnen aber 20%.<sup>9</sup>

Eine YouGov-Umfrage bescheinigte Corbyn bei der parteiinternen Vorsitzwahl gerade in diesen Zielgruppen besonders gut abzuschneiden: Unter ArbeiterInnen, im (de-)industrialisierten Nordengland, den Midlands und Wales schnitt Corbyn noch besser als im Gesamtergebnis ab, das mit 62 % klar zu seinen Gunsten ausfiel.<sup>10</sup>

Man muss nicht blind für Corbyns zahlreiche Schwächen sein, um das Potenzial zu erkennen, das in seinem Erfolg steckt. Zweifellos reichen 400.000 neue Mitglieder nicht aus,

um eine Parlamentswahl zu gewinnen – aber es zeigt doch auf, was möglich wäre, wenn sich Labours Parlamentsfraktion darauf konzentrieren würde, die Regierung statt den Oppositionsführer zu bekämpfen und der Oppositionsführer sich langsam daran gewöhnen würde, dass er Europas größte Partei und nicht mehr einen Arbeitskreis isolierter HinterbänklerInnen führt.

## MIGRATION UND NATIONALER CHAUVINISMUS

Eine Herausforderung ist dabei auch für Jeremy Corbyn der Umgang mit dem Migrationsthema und der Frage nationaler Identität. Nachdem der blairistische Parteiflügel jahrelang die ArbeiterInnenschaft demoralisiert und in die Arme der Rechten getrieben hat, macht sie derzeit Jeremy Corbyn dafür verantwortlich, durch eine »zu weiche Haltung« in der Migrationsfrage die KernwählerInnen im Norden Englands zu vergraulen. Corbyn solle mehr Stolz auf das Englisch-Sein zeigen<sup>11</sup> – und solle gleichzeitig das Ergebnis des Brexit-Referendums nicht anerkennen. Corbyn solle endlich härter gegen Migration auftreten – und gleichzeitig die Personenfreizügigkeit als grundlegende Errungenschaft der Europäischen Union vorrangig verteidigen. Der blairistische Parteiflügel verlangt in anderen Worten von Corbyn jenes Spiel mit dem Feuer, das David Cameron sein Amt gekostet hat. Denn auch wenn Teile der Eliten die Fremdenfeindlichkeit der ArbeiterInnenschaft für das Brexit-Votum verantwortlich machen wollen, hat sich Cameron dieses Eigentor weitgehend selbst zuzuschreiben. Seit seinem Amtsantritt versprochen er und seine Innenministerin und numehrige Nachfolgerin Theresa May die Begrenzung der Zuwanderung und spielten alle damit verbundenen Probleme hoch, ohne sie auch nur ansatzweise zu lösen.

Wer meint, die ArbeiterInnenschaft wiederzugewinnen, indem er sich in eine St.Georgs- oder in eine sonstige Landesflagge einwickelt oder gegen MigrantInnen wettet, führt nur jene Verachtung fort, die der Linken europaweit Vertrauen gekostet hat. Eribon kritisiert durchaus nachvollziehbar eine »positive Mystifizierung« der ArbeiterInnenklasse durch linke Intellektuelle, die z.B. rassistische oder homophobe Tendenzen unter »realen« ArbeiterInnen gerne ausblenden, um sich eine ArbeiterInnenklasse nach eigenem Geschmack zu konstruieren. Diese Fehlvorstellung trage dazu bei, dass die Linke mit den ArbeiterInnen nicht mehr richtig kommunizieren könne, weil sie die moralische Selbstüberhöhung verabsolutiere und der Realität dann ratlos gegenüberstehe. Das Gegenstück zu dieser Beobachtung ist diese Form der negativen Mystifizierung, die den eigenen Rassismus und die


Neidgefühle der Partei-, Medien- und Wissenschaftseliten auf die ArbeiterInnenklasse projiziert und die eigene Unfähigkeit, politische Opposition zur herrschenden Klasse zu artikulieren als volkstümlich tarnen möchte.

## LET THEM COME TO VERMONT!

Dass das Wiedererscheinen der ArbeiterInnenklasse auf dem politischen Spielfeld Europas Linke mit solcher Unruhe erfüllt, scheint umso unverständlicher als sich mit dem Senator von Vermont, Bernie Sanders, im letzten Jahr gezeigt hat, dass es möglich ist, klassische ArbeiterInnenmilieus und urbane Mittelschichten, Intellektuelle und EinwanderInnen zu einem politischen Projekt zu verbinden. Natürlich: Sanders wird nicht der nächste us-Präsident. Aber wenn in den Vereinigten Staaten ein Kandidat, der sich als demokratischer Sozialist bezeichnet, ohne den Rückhalt des big business und gegen den Großteil des demokratischen Parteiestablishments, plötzlich als realistischer Herausforderer gilt, würde es sich lohnen, sich näher mit seinem Programm und seiner Kampagne zu beschäftigen und weniger die Zukunftslosigkeit der Linken zu beklagen.

Denn Donald Trump ist für die USA das, was der Front National für Frankreich, die AfD für Deutschland und die FPÖ für Österreich ist: Der Versuch des Establishments, die Wut der ArbeiterInnenschaft auf das Establishment gegen ZuwanderInnen, politische Eliten und gesellschaftspolitischen Fortschritt zu richten. Noch bevor sich Trump mit Videos voll Prahlerien mit sexuellen Übergriffen selbst demontiert hatte, zeigten Umfragen, dass Sanders in der Gesamtbevölkerung klarer Favorit gegenüber Donald Trump gewesen wäre und auch im Vorwahlkampf überdurchschnittlich gut bei jungen AkademikerInnen und bei weißen ArbeiterInnen abgeschnitten hat. Dafür machte Sanders bemerkenswerterweise in Fragen der Migration, der Steuer- und Sozialpolitik keine Zugeständnisse an die Trump-Rechte. Er stellte einen Mindestlohn von 15 Dollar in den Mittelpunkt seiner Kampagne, forderte ein Gesundheitssystem nach europäischem Vorbild und kostenfreie Studienmöglichkeit. Die Erzählung seiner Kampagne stellte das »vereinte Volk« den Geld- und Machteliten gegenüber, verwies auf das demokratische Prinzip als Gegenstück zur Käuflichkeit der amerikanischen Politik. Bemerkenswert scheint auch der Umgang mit dem Thema des Patriotismus: Der positive Bezug zur Nation wird durch die Vision eines umfassenden und universellen Sozialstaats hergestellt, dessen Leistungen nicht von der Herkunft abhängig sind. Sanders drückt es so aus: »Das ist die Nation, die wir schaffen können,

wenn wir zusammenstehen und uns nicht spalten lassen. Wir dürfen uns nicht spalten lassen in Schwarz und Weiß, in hier Geborene und Migrantinnen und Migranten, in Homosexuelle und Heterosexuelle, in Männer und Frauen. Sie haben unbegrenzte Geldmittel, sie besitzen einen großen Teil dieses Landes, sie kontrollieren große Teile der Medien. Sie sind sehr mächtig. Aber wir haben etwas, was sie nicht haben. Wir haben ein geeintes Volk. Wenn wir zusammenstehen und uns nicht durch kleine Dinge spalten lassen, wenn wir zusammenstehen und sagen ‚Genug ist genug!‘, dann gibt es nichts, was wir nicht erreichen können!«<sup>12</sup>

Es ist ein Blick über den großen Teich, der sich lohnt. In Anlehnung an John F. Kennedys Berlin-Rede ist man versucht zu sagen: Wenn manche sagen, dass sich die ArbeiterInnen-schaft nur gegen MigrantInnen mobilisieren lässt: Let them come to Vermont! Wenn manche sagen, dass junge Linke und ArbeiterInnen nicht zusammen Politik machen können: Let them come to Vermont! 

### LUDWIG DVOŘÁK

ist gf. Chefredakteur der ZUKUNFT.

1. <https://www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/2016/august/wie-aus-linken-rechte-werden>
2. <http://monde-diplomatique.de/artikel/!5317989>
3. <http://www.zeit.de/campus/2016-06/politisches-engagement-junge-linke-studenten-parteilzugehoerigkeit/seite-2>
4. <https://www.theguardian.com/politics/2016/sep/06/does-the-left-have-a-future>
5. <http://derstandard.at/2000045603687/Haben-die-Linken-die-Arbeiterklasse-verraten>
6. <https://www.theguardian.com/commentisfree/2016/feb/05/labour-embrace-englishness-proud-patriotism>
7. <https://www.theguardian.com/commentisfree/2016/aug/29/my-plea-labour-members-stop-chaos-fight-tories>
8. <https://www.theguardian.com/politics/2016/aug/06/were-not-cult-members-labour-supporters-at-corbyn-rallies>
9. <https://www.ipsos-mori.com/researchpublications/researcharchive/poll.aspx?oItemId=101&view=wide>
10. [https://d25d2506fb94s.cloudfront.net/cumulus\\_uploads/document/a8tjt0lgq/ElectionDataResults\\_160923\\_FinalCall.pdf](https://d25d2506fb94s.cloudfront.net/cumulus_uploads/document/a8tjt0lgq/ElectionDataResults_160923_FinalCall.pdf)
11. <https://www.theguardian.com/commentisfree/2016/feb/05/labour-embrace-englishness-proud-patriotism>
12. <https://www.youtube.com/watch?v=3okl5D5nUNA>





**sex in wien**  
wien museum



KZ-WINKEL EINES  
ROSA-WINKEL-HÄFTLINGS  
© United States Holocaust  
Memorial Museum Collection,  
Gift of Wilhelm A. Kroepfl

# Schwindelig ängstlich. Warum wir so viel Angst haben

**Fabian Steinschaden** geht der Frage nach, warum unsere Gesellschaft Angst hat. Und ob man sie bekämpfen kann, indem man der Angst nachgibt.

**E**s ist Sommer 2016 und ich sitze in Wien in der U-Bahn. Kurz vor einer Station hält das Fahrzeug und ein sonderbares Rauschen ertönt über den Lautsprecher. Plötzlich springt ein junger Mann neben mir auf und blickt sich entsetzt um. Innerhalb einer halben Sekunde ist ganze Waggon auf den Füßen, durch alle Fahrgäste geht ein Ruck. Niemand bleibt auf seinem Platz, alle zucken, alle sind erregt, alle denken dasselbe: ein Anschlag. Es dauert nur eine Sekunde, dann lachen wir über uns selbst. Wie ein Blitz ist die Angst innerhalb einer Sekunde durch den ganzen Waggon gesprungen – ausgelöst durch ein Geräusch im Lautsprecher.

## WIR ANGSTHASEN

Geschichten dieser Art sind uns im letzten Jahr alle zu Ohren gekommen. Und sie zeigen: Wir sind beunruhigt. Man muss nur in die Zeitung schauen, um zu sehen wieso. Sie sind vollgestopft mit Berichten über Terrorismus und Krieg, über Flüchtlingsfluten und Einbruchswellen, über Drogenkriminalität und Jugendgewalt. Die Gesellschaft ist besorgt und verängstigt, die Angst kommt nicht allein: Wir haben Angst vor gewalttätigen Ausländern, vor salafistischen Hasspredigern und vor frauenverachtenden Muslimen. Aber die Angst ist nicht an die aktuellen Flüchtlingswellen gekoppelt, sondern schon seit mindestens zwanzig Jahren eine breite Stimmung: In den 1990er-Jahren hatten wir alle Angst vor Sekten, dann kamen die Drogengangs, zwischenzeitlich der Jahr-2000-Crash, dann die Killerbienen, später die Seuchen und Epidemien, dann die Einbruchswellen, kurz die Flugzeugabstürze und jetzt die Flüchtlinge und der Terror. Und wer gegen diese Form der Angst immun ist, der hat eben Angst vor der FPÖ, dem Zerfall der EU oder der Verdummung der Menschen.

Wohlgemerkt: Manche dieser Ängste haben mehr Berechtigung als andere – aber allen ist gemein, dass Krisen, Probleme

und Schwierigkeiten nicht mehr als Aufgaben angesehen werden, die man lösen kann, sondern als dunkle Bedrohungen, denen man ausgeliefert ist.

Die Angst heute ist fließend, mal sucht sie sich dieses, mal jenes Angstobjekt. Sie ist eine Stimmung, die die Bilder, die wir von der Welt haben, einfärbt. Sie begleitet uns ständig: Sei verändert unsere Haltung zu anderen – zu Bekannten wie zu Fremden, sie verändert unsere Erwartungen an die Gesellschaft und die Politik und sie verändert nicht zuletzt auch uns selbst. Wir sind alarmbereiter, misstrauischer, wir blicken besorgt und bekümmert in die Zukunft und von der Politik verlangen wir Schutz.

Für Syrer gibt es heute in der Tat keinen Grund, zuversichtlich zu sein. Aber wenn sich durchschnittliche Europäer vor Terrorismus, Seuchen oder dem Faschismus fürchten, ist das ein Anlass, Fragen zu stellen.

## ÜBERALL ANGST, ÜBERALL SICHERHEIT

Es ist ein eigenartiges Phänomen: Die Menschen in Europa haben heute mehr Angst als vor dreißig Jahren, obwohl Europa deutlich sicherer ist. Gerade einmal 12% der ÖsterreicherInnen geben an, sich an öffentlichen Plätzen sehr sicher zu fühlen<sup>1</sup>. 66% haben Angst vor Terroranschlägen<sup>2</sup> – obwohl der letzte Terroranschlag in Österreich Mitte der 1990er-Jahre stattfand und die Wahrscheinlichkeit vom Blitz getroffen zu werden um ein Hundertfaches höher ist. Zwei Drittel sind der Meinung, dass sich die Sicherheitslage in Österreich in den letzten zehn Jahren verschlechtert hat – obwohl genau das Gegenteil der Fall ist: Die Kriminalität sinkt, die Menschen werden besser geschützt und im Falle von Gewaltdelikten schneller und besser versorgt. Und drei Viertel aller ÖsterreicherInnen empfinden die politische Weltlage als bedrohlich<sup>3</sup> – obwohl sich die Großmächte nicht mehr mit Atomrake-

ten bedrohen, obwohl in keinem Nachbarland Bürgerkrieg herrscht und obwohl global noch nie so wenige Menschen von Kriegen betroffen sind, wie in den letzten Jahren<sup>4</sup>.

Diese Disparität ist kein österreichisches Spezifikum. Die amerikanische Psychologin Jean Dwayne hat in einer Analyse von Studien dokumentiert, dass seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs das Angstempfinden der Menschen im Westen anhaltend angestiegen ist<sup>5</sup> – obwohl es dafür kaum Gründe gibt. In nahezu allen westlichen Ländern sinkt die Anzahl der Verbrechen und trotzdem hat ein Großteil das Gefühl, sie steigt. Es gibt weniger Gewalt, weniger Morde, weniger Einbrüche und trotzdem breiten sich Ängste aus. Und die Zahl der Terroranschläge in der westlichen Welt sinkt seit den 1970er-Jahren und trotzdem nimmt die Angst vor ihnen zu.

Wohlgemerkt: Die islamistisch motivierten Anschläge werden in den nächsten Jahren aller Voraussicht nach häufiger werden. Die momentane Angst davor bezieht sich jedoch nicht auf die Zukunft – dann würde sie in Form einer vorausblickenden Sorge auftreten und nicht als erlebte Angst im Hier und Jetzt.

## **POPULISMUS UND BOULEVARD. ODER: DAS GESCHÄFT MIT DER ANGST**

Aus Angst lässt sich politisches Kapital schlagen – niemand hat das besser begriffen, als die (Rechts-)Populisten. Gezielt schüren sie Ängste: Indem Feindbilder erzeugt und emotional aufladen, indem sie Fakten aus dem Kontext reißen, indem sie reale Bedrohungen übertreiben und irrealer erfinden, indem sie Zahlen hochspielen, verdrehen und aus dem Kontext reißen.

Donald Trump, den die amerikanische Wochenzeitung *The Atlantic* unlängst den Meister der Angst genannt hat<sup>6</sup>, hat diese Strategie perfektioniert wie kein Zweiter. Weil die demokratischen Politiker so unfähig seien, die Grenzen zu sichern, könnten Verbrecher in die USA eindringen und hier nach Belieben morden und vergewaltigen. Die terroristischen Angriffe wären nicht nur eine Gefahr für potentielle Opfer, sie bedrohten vielmehr den amerikanischen *Way of Life*. Die USA würden von Terrorwellen und Migration in ihren Grundfesten erschüttert werden.

Trump geht denselben Weg, wie auch andere RechtspolitikerInnen: Er zeichnet ein beängstigendes Bild, in dem die Gewalt eskaliert, in dem Migrationswellen die kulturellen Fundamente einer Nation unterspülen und die Menschen um

all das gebracht werden, wofür sie seit Generationen arbeiten. Er gibt vor, als einziger die Ängste und Sorgen der einfachen Leute anzusprechen und behauptet, nur noch rücksichtsloser Einsatz könne diese Entwicklung stoppen.

Das Kalkül dahinter ist einfach: Wenn die Bevölkerung Angst hat – vor Fremden, vor Verbrechen, vor Anschlägen etc. – verschwinden Sachfragen aus der Politik. Angst verhindert klares Denken, blockiert tiefgehend Debatten und vertreibt die nötige Ruhe, sich mit einem Sachverhalt genauer auseinanderzusetzen. Wer Angst hat, braucht Schutz und schnelle Lösungen: Neue Mauern, höhere Zäune, mehr Polizei. Und diesen Schutz bringen die Populisten.

Es ist eine perfide Strategie: Zuerst werden Ängste geschürt, dann bringt man sich selbst als Retter ins Spiel. PolitikerInnen wie Trump müssen auf der Angst aufbauen. Denn ihre politischen Programme machen nur vor dem Hintergrund einer drohenden Katastrophe Sinn. Nur, wenn sich die Menschen davor fürchten, werden sie auch bei den Populisten Schutz suchen.

Neben den (rechts-)populistischen Parteien, sind es vor allem die Boulevardmedien, die auf der Klaviatur der Angst spielen. Ein großes Segment der Nachrichtenproduktion lebt vom Geschäft mit der Angst. Unter den Bedingungen eines aggressiven Medienmarktes, in dem mit allen Mitteln um Kunden gerungen wird, richten diese Medien ihre Aufmerksamkeit wie eine Lupe auf Verbrechen, auf Anschläge, auf Extremismus etc.

Wir alle haben in den letzten Jahren bestaunen können, wie flexibel die Boulevardmedien mit Fakten umgehen: Aus jedem noch so unwahrscheinlichem Gerücht wurde man eine Schlagzeile, aus jedem Verdacht ein Fakt. Wir haben gesehen, wie aus einem Nervenzusammenbruch einer muslimischen Frau eine islamistische Aktion wurde, wie große Seuchen mit zehntausenden Toten angekündigt wurden, wie aus sinkenden Verbrechensteigerungen wurden<sup>7</sup>. Besonders durch die sozialen Medien schwirrten die noch so absurdesten Gerüchte und begleiteten uns dank Smartphones bis auf die Toilette. In der Berichterstattung wimmelt es nur so von Verbrechen, Mördern und Terroristen – denn wer greift nicht zur Zeitung, klickt auf den Link, wenn in der Schlagzeile »Terroranschlag« oder »Gewaltexplosion« steht?

Folgt man Niklas Luhmann, dann wissen wir nahezu alles, was wir über die Welt wissen, durch und aus den Massenme-

dien<sup>8</sup>. Das gilt von der Politik – wer geht schon regelmäßig ins Parlament? – bis zum Sport – wer geht schon auf fünf Fußballspiele pro Woche und weiß deswegen den Tabellenstand? Wir können aus unserer unmittelbaren Erfahrung nicht wissen, ob es mehr oder weniger Einbrüche, mehr oder weniger Morde, mehr oder weniger Anschläge gibt.

Wenn wir nicht gerade das Pech haben, selbst in ein Verbrechen verwickelt zu werden, haben wir überhaupt kein unmittelbares Wissen von Kriminalität oder Terrorismus. Fast alles was wir darüber wissen, wissen wir aus den Medien. Und wer sich ausschließlich über Boulevardmedien informiert, erhält einen verzerrten, ja verkehrten Eindruck von der Wirklichkeit. Er sieht das, was die Medien unter die Lupe legen, ausschmücken und entstellen, als wäre es die Wirklichkeit. Wer sich in den letzten Jahren nur über Boulevardmedien informiert hat, muss wirklich den Eindruck haben, Österreich stehe vor dem Zusammenbruch.

Populisten und Boulevard stellen die Welt verzerrt da und schüren gezielt Ängste – das ist kaum zu übersehen. Vielfach wird – vor allem in liberalen und linken Kreisen – daraus gefolgert, dass sie die Hauptverursacher für unsere Angststimmung seien. Würde der Boulevard die Welt nicht derart einseitig darstellen und Krisen überzeichnen und würde der Populismus diese Bilder dann nicht auf die Spitze treiben – die Stimmung der Angst würde sich verflüchtigen.

Diese These ist beinhaltet viel Richtiges, aber sie erklärt zu wenig – denn sie fragt nicht, welchen Nerv das Populismus-Boulevard-Tandem trifft. Warum springen so viele Menschen auf diese Angstmache an? Woher dieses ungeheure Echo?

Wenn Angst eine Stimmung, eine Haltung ist, mit der wir der Welt begegnen und wenn diese Haltung derart weit verbreitet ist, dann kann ihre Entschlüsselung einen Einblick in unsere Zeit geben, der viel weiter geht, als jede noch so berechtigte Kritik am Boulevard oder am Populismus. Um zu sehen, wieso es nicht genügt, den aggressiven Medienmarkt und rücksichtslose (Rechts-)Populisten für die grassierende Angst verantwortlich zu machen, müssen wir uns zunächst den Begriff der Angst genauer ansehen.

### ANGST UND FURCHT

Gemeinhin unterscheidet man zwischen Angst und Furcht. Angst ist diffus und unbestimmt, Furcht hat eine konkrete und fassbare Ursache. Wer im Jahr 2016 in Bagdad lebt und

Angst vor einem Terroranschlag hat, der hat genau genommen Furcht und nicht Angst. Er fürchtet sich vor einer konkreten und realen Bedrohung, denn Anschläge gehören dort zum Alltag. Gleiches gilt für jemanden, der über eine morsche Hängebrücke geht und tatsächlich abstürzen kann oder eine zu spät kommende Arbeiterin, die nun mit ihrer Kündigung rechnen muss. Furcht ist rational begründet und führt (im Idealfall) zu einer passenden Reaktion auf die Wirklichkeit. Insofern hat sie eine Schutzfunktion. Sie lässt uns vorsichtig sein, sie verhindert Leichtsinn oder zwingt uns zur Flucht.

Anders die Angst: Ihre Ursachen sind schwer zu bestimmen. Sie ist, wie der Philosoph Paulo Virno schreibt, »an keine besondere Gelegenheit gebunden, sie kann uns zu jedem Zeitpunkt und in jeder Lage anfallen«<sup>9</sup>. Angst sei keine passende Reaktion auf eine konkrete Bedrohung, kein wirklichkeitsgerechtes Verhalten. Wer in Wien die U-Bahn meidet, weil er einen Anschlag befürchtet, hat Angst, denn die Wahrscheinlichkeit dafür liegt nahezu bei null.

Der Philosoph Sören Kierkegaard schreibt über die Angst, man könne sie »mit einem Schwindel vergleichen. Wer in eine gähnende Tiefe hinabschauen muss, dem wird schwindelig.«<sup>10</sup> Die gähnende Tiefe ist natürlich metaphorisch zu verstehen – als etwas, das ich nicht durchschauen, nicht verstehen kann. Angst taucht demnach dann auf, wenn man eine Situation, einen Ort, einen Menschen, usw. nicht einschätzen kann. Wenn ich nicht vorhersehen kann, was als Nächstes geschieht. Wenn ich überfordert oder orientierungslos bin.

Insofern hat Angst viel mit Kontrollverlust zu tun. Bei Menschen, die mir bekannt sind oder die ich einer mir bekannten Gruppe zuordnen kann, weiß ich woran ich bin – ich kann ihr Verhalten deuten und zukünftige Handlungsmuster errahnen. Mit anderen Worten: Ich weiß – oder glaube es zumindest – woran ich bin. Sobald mir jedoch jemand begegnet, den ich nicht einschätzen kann, von dem ich nicht weiß, wie er sich verhalten wird, eröffnet sich ein Raum, in dem die Angst zuschlagen kann. Denn: Ich weiß nicht, woran ich bin. Ich verstehe die Situation nicht, kann sie nicht einschätzen und mit ein bisschen Pech, entgleitet mir die Kontrolle.

Furcht ist an ein konkretes Phänomen gebunden. Sobald die bedrohliche Situation vorbei ist, nimmt auch die Furcht wieder ab. Die Angst hingegen hat keine greifbare Ursache und damit auch keine Grenzen. Sie ist eher eine Stimmung, die sich in bestimmten Situationen steigern oder senken kann.

Darin liegt auch der Grund, warum man jemandem die Angst nicht einfach nimmt, indem man ihm minimale Wahrscheinlichkeit eines Anschlages vorrechnet. Abgesehen von jenen, die die Logik des Boulevards und des Populismus überhaupt nicht durchschauen, wissen im Grunde alle, dass es sehr unwahrscheinlich ist, einem Anschlag zu Opfer zu fallen. Aber da Angst keine eindeutige, konkrete Quelle hat, kann sie nicht einfach versiegen.

Natürlich: Angst wird in der Regel nicht als Angst erfahren, sondern als Frucht. Wenn wir uns angesichts einer undurchschaubaren Situation unsicher fühlen, dann lokalisieren wir die Ursache für diese Angst nicht in der Undurchschaubarkeit, sondern binden sie an ein Objekt. Wenn man jemandem aus einer fremden Kultur begegnet und sich ängstigt, dann nicht mit dem Gedanken im Kopf, dass man seine Mimik und Gestik nicht deuten kann und von seiner Kleidung nicht auf seinen sozialen Status schließen kann. Nein, man schreibt ihm – unbewusst – böartige Eigenschaften zu.

## UNÜBERSICHTLICHE, NEUE WELT

Die Art, wie Menschen denken und sich gegenüber der Welt, der Mitmenschen verhalten, ist zu einem großen Teil von den Lebenswirklichkeiten abhängig. Wollen wir die grassierenden Ängste verstehen, müssen wir also die Ebene der Medien und Populisten verlassen und uns ansehen, wie Menschen tagtäglich ihr Leben erfahren.

Entgegen aller dystopischer Szenarien, die die Welt auf eine durch und durch bürokratisierte und eindimensionale Gesellschaft zusteuern sah, hat unsere Gesellschaft einen anderen Weg eingeschlagen: Die Welt von heute ist in ständiger Bewegung, sie ist unübersichtlich und komplex, dynamisch und ungewiss, flexibel und vieldeutig, schrankenlos und in ständiger Weiterentwicklung. Der Philosoph Zygmunt Bauman hat diesen Zustand mit den Begriff der »Flüchtigen Moderne« treffend beschrieben<sup>11</sup>: Nichts in ihr ist dauerhaft und starr, nur wenig ist fixiert und unveränderlich, das meiste unübersichtlich und verworren.

Flexibilität ist dabei das Um und Auf. Jeder und alles müssen flexibel sein und sich so schnell wie möglich auf etwaige Veränderungen einstellen. Flexibel zu sein bedeutet, sich immer neuen Veränderungen anpassen, sich in immer neuen Umgebungen zurecht finden zu können, immer neue Kompetenzen zu erwerben. Wer vor hundert Jahren einen Beruf erlernte, erlernte in der Regel den seines Vaters und übte ihn

bis an sein Lebensende aus – er musste nicht flexibel sein. Heute wechseln wir regelmäßig unseren Arbeitsplatz, unseren Wohnort und unser soziales Umfeld. Und wer gar zum so genannten Prekariat gehört, kennt Fixanstellungen und geordnete Arbeitsvorgänge ohnehin nur noch vom Hörensagen. Für viele finden sich in dieser dynamischen Welt unzählige Möglichkeiten. Aber angesichts der zunehmenden sozialen Ungleichheit gehen diese neue Freiheiten für große Teile der Bevölkerung mit Unsicherheit einher.

Auch Institutionen müssen sich ständig ändern. Der Wiener Wiener Philosoph Konrad Paul Liessmann hat dabei vom Prozess der »Permanenten Reform«<sup>12</sup> gesprochen: Überall habe sich der Reformgeist eingenistet, Institutionen würden ständig reformiert werden: Ob Bildungs- oder Gesundheitseinrichtungen, ob Verwaltungseinheiten oder die Feuerwehr – andauernd würde man diese Institutionen umstrukturieren und den neuen Gegebenheiten anpassen.

Mit diesen Flexibilisierungswellen gehen auch Veränderungen in den sozialen Beziehungen einher: Menschen sind nicht mehr in Gemeinschaften eingelassen, ihre sozialen Positionen – also ihre Berufe, ihre Position in der sozialen Hierarchie, ihr Verhältnis zu ihren Mitmenschen, etc. – bleiben vom Prozess der Flexibilisierung nicht unberührt.

Die ständigen Veränderungen in der flüchtigen Moderne verunsichern. Wir können uns nur auf wenig verlassen, immer wieder müssen wir uns neu orientieren und auf neue Umstände einstellen: Ein neuer Arbeitsplatz, ein neuer Studienplan, eine Umstrukturierung des Unternehmens. Sicher, diese Veränderungen hat es früher auch gegeben, aber nicht in diesem Tempo und in dieser Häufigkeit.

Die heutige Welt ist in vielen Dingen unberechenbarer und unbestimmter vor sechzig Jahren. Wir sind umgeben von Unbestimmtheit und Ungewissheit, wir sind regelrecht in sie eingelassen. Der ausgeprägte Individualismus unserer Zeit führt dazu, dass sämtliche Entscheidungen uns selbst überantwortet werden: Fast jedes Detail unseres Lebens beruht auf Entscheidungen, die wir treffen. Bis weit in die Nachkriegszeit gab es strenge gesellschaftliche Regeln, die weite Teile unseres Lebens regelten: Rollenbilder waren klar definiert, Lebensläufe in Konturen vorgegeben, Verhaltensweisen wurden in der Tanzschule gelehrt. Heute bestimmen wir das meiste selbst, unsere Leben sind Projekte: Vom Aussehen über unseren Lebensstil und unsere Ausbildung bis hin zur richtigen Kaffeesorte<sup>13</sup>.

So positiv diese Entwicklung ist, sie hat aber auch eine Kehrseite: Freiheit kann überfordern, stressen und ängstigen. Jede neue Entscheidung angesichts einer flüchtigen Welt erzeugt in uns einen (kleinen) Schwindel: Dauernde Ungewissheiten, Unbestimmtheit und ständige Veränderungen mögen für manche eine Herausforderung darstellen, für die meisten sind sie langfristig kraftraubend, störend und beunruhigend. Weil wir ständig vor ungewissen Situationen stehen, weil wir ständig entscheiden müssen, aber uns die Informationen für eine fundierte Entscheidung fehlen, werden wir unsicher. Und je geringer die Ressourcen der Menschen sind, desto größer die Unsicherheit. Wer über wenig Geld verfügt, hat vielleicht nicht die Chance, eine Fehlentscheidung zu korrigieren. Im schlimmsten Fall sind wir den Situationen hilflos ausgeliefert und finden gar keinen Weg, gute Entscheidungen zu treffen. Ob so oder so, ständig schwingt Angst mit: Manchmal mehr, manchmal unmerklich wenig – aber es ist ein beständiger Fluss, eine dauernde Reibung.

Gibt es den Beruf, den ich erlerne, in zehn Jahren noch? Sollte ich nicht Job wechseln, um nicht starr und unflexibel zu wirken? Soll ich mich weiterbilden? Ist diese Schule für mein Kind besser als die andere? Verunsicherung wird so zu einer Haltung der Welt gegenüber. Uns fehlt die Zuversicht, dass *es schon passen wird*. Vielmehr werden wir skeptisch, zweifelnd und der Einzigen, dem wir restlos vertrauen, ist unser Misstrauen<sup>14</sup>.

Und wir können uns die Sicherheit auch nicht von unseren Mitmenschen zurückholen. Im Neoliberalismus, der für diesen Veränderungsdruck zu großen Teilen verantwortlich ist, werden Menschen von Seiten staatlicher und ökonomischer Apparate vor allem unter dem Gesichtspunkt der Leistung angesprochen und erzogen. Da die Menschen in Hinblick auf Leistung konkurrieren, zerreißen Gemeinschaftsbande und Menschen werden individualistisch: Früher hatten junge Menschen das Ziel, eine bestimmte Rolle in der Gesellschaft zu spielen und die dominanten Werte derselben zu erlernen, um ein volles Gesellschaftsmitglied zu werden. Heute entwickeln sie eigene Ziele, wollen sich selbst verwirklichen oder erfolgreich Karriere machen. Das hat eine befreiende Seite, aber eben auch eine verunsichernde.

Da aber fast alle Menschen an diesem Spiel teilnehmen »geraten sie zunächst ganz automatisch in den Verdacht, übel gesinnte, böswillige Rivalen zu sein«<sup>15</sup>. Unsere Mitmenschen sind – wenn auch nicht ausschließlich, aber immer auch –

Konkurrenten. Und Konkurrenten kann man per Definition nicht vertrauen. Diese Stimmung des Argwohns, des Neids oder des Misstrauens ist ein Nährboden für die Angst.

Die Unbestimmtheit, die unübersichtliche Menge an Wahlmöglichkeiten und das Tempo der flüchtigen Moderne erzeugen Unsicherheit und infolge Angst. Diese Angst ist schwer zu fassen, da sie in vielen kleinen, alltäglichen Situationen entsteht. Weil wir diese Angst aber so schwer einfangen können, weil wir sie gar nicht als solche erfahren, greifen wir auf Konzepte und Bilder zurück, die durch unsere Welt schwirren und uns helfen, unsere Stimmung greifbarer zu machen<sup>16</sup>. Und die liefern zurzeit Rechtsparteien und der Boulevard. Die flatternden Ängste der meisten Menschen binden sich an deren Bilder.

## DIE SORGEN ERNST NEHMEN. ODER: WIE MAN DIE ANGST NOCH STEIGERT

Gewöhnlich reagieren politische Parteien auf die Ängste der Menschen, indem sie *die Sorgen ernst nehmen*. Übertriebenen Ängsten wird nur selten widersprochen, die Gefühle der Menschen werden für Fakten gehalten: Wenn die Bevölkerung glaubt, dass Verbrechen zunehmen – obwohl die Zahlen sinken – dann müssen wir Politik machen, als würden die Verbrechen steigen. Es gibt dann keine Unterscheidung mehr zwischen Ängsten, die ernst genommen werden müssen, und Ängsten, deren Grundlage sehr dünn ist.

Im Grunde gibt es zwei Motive, die hinter der neuen Sicherheitspolitik stehen: Naivität und Kalkül. Während PolitikerInnen Sicherheitspolitik zusehends bewusst als Machttechnik einsetzen, um sich an der Macht zu halten oder – wie die (Rechts-)Populisten – an sie zu kommen, gibt es nach wie vor genug Parteien, die naiv auf Sicherheitspolitik setzen. Beide haben jedoch den gleichen Effekt – sie feuern die Ängste an.


Dieser Umgang mit den Sorgen und Ängste der Menschen besteht darin, das Sicherheitsgefühl wieder steigern zu wollen, indem man sicherheitstechnisch und –politisch handelt. Man hofft, die Ängste mittels Polizei- und Militärpräsenz, erleichterten Waffenbesitz, Überwachungskameras oder Scheinwerfern neben Flüchtlingsunterkünften einzudämmen – wobei die Machtpolitiker sehr wohl wissen, dass sie damit die Ängste anheizen.

Warum treibt diese Strategie die Ängste noch an? Ganz einfach: Wer ständig eine Waffe trägt oder Soldaten durch die

Straßen patrouillieren sieht, wird jeden Moment daran erinnert, dass hinter der nächsten Ecke eine Gefahr lauern könnte. Man hat vielleicht kurz das Gefühl, geschützt zu werden. Aber eine Gesellschaft, die sich einigelt, die überall Gefahren vermutet, kann sich per se nicht sicher fühlen. In der Psychologie ist dieses Phänomen wohlbekannt: Wer den ganzen Tag putzt, fühlt sich schmutziger als der, der im Chaos lebt. Denn wer wischt und kehrt und saugt, der sieht auch noch den kleinsten Staubfleck. Und genauso wird der von allen Seiten beschützte Bürger auch überall Gefahren riechen – und sich nur noch bedrohter fühlen.

## FAZIT

Es gibt keine einfache Antwort darauf, wie man mit den vorhandenen Ängsten umgehen soll. Man sollte sich davor hüten, die Angst – etwa vor den Rechten – selbst als Motor politischen Handelns zu verwenden oder in konservativer Manier gewonnen Freiheiten zurückschrauben.

Stattdessen sollten Tugenden wie Weitsicht, Gelassenheit und Beharrlichkeit kultiviert werden. Ein vertieftes politisches Programm braucht zuversichtliche Bilder und Konzepte, die die Welt jenseits der Angst und des Misstrauens sichtbar machen. Und nicht zuletzt sollte man die politische Urteilsfähigkeit dahingehend schärfen, um wieder selbst unterscheiden zu können, wovor man sich wirklich fürchten sollte und wovor nicht. 

1. [http://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20160730\\_OTS0005/profil-umfrage-terrorgefahr-schon-45-empfinden-unsicherheit](http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20160730_OTS0005/profil-umfrage-terrorgefahr-schon-45-empfinden-unsicherheit).
2. [http://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20160419\\_OTS0018/allianz-sicherheitsstudie-angst-vor-kriminalitaet-und-terror-gestiegen](http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20160419_OTS0018/allianz-sicherheitsstudie-angst-vor-kriminalitaet-und-terror-gestiegen).
3. [http://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20160419\\_OTS0018/allianz-sicherheitsstudie-angst-vor-kriminalitaet-und-terror-gestiegen](http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20160419_OTS0018/allianz-sicherheitsstudie-angst-vor-kriminalitaet-und-terror-gestiegen).
4. <http://www.vox.com/2015/7/13/8908397/11-charts-best-time-in-history>.
5. Vgl. Schindler, Jörg: Panikmacher, Frankfurt/Main 2016, S. 13.
6. <http://www.theatlantic.com/politics/archive/2016/09/donald-trump-and-the-politics-of-fear/498116/>
7. Vgl. dazu die ausgezeichneten Recherchen von kobuk.at.
8. Vgl. Niklas Luhmann: Die Realität der Massenmedien, Wiesbaden 1995, S. 5f.
9. Virno, Paolo: Grammatik der Multitude, Wien 2005, S. 37.
10. Kierkegaard, Sören: Der Begriff Angst, Stuttgart 1992, S. 72.
11. Bauman, Zygmunt: Flüchtige Moderne, Frankfurt/Main 2003.
12. Vgl. Liessmann, Konrad Paul: Der Reformgeist. In Nikolaus Dimmel/ Josef Schmee (Hg.): Politische Kultur in Österreich, Wien: Promedia 2005, S. 39-48.
13. Vgl. Salecl, Renata: Die Tyrannei der Freiheit, München 2014.
14. Vgl. Krastev, Ivan: In Mistrust we Trust, New York 2013.
15. Bauman, Zygmunt: Die Angst vor den anderen, Frankfurt/Main 2016, S. 109.
16. Vgl. Furedi, Frank: Politics of Fear, London 2007.







**sex in wien**  
wien museum

»SEXPO 71«  
IM WIENER KÜNSTLERHAUS  
© Imagno/Votava

# Die SPÖ muss sich wohl oder übel neu erfinden (Teil 2)

**Martin Winkler vertritt** die These, dass nicht nur graduelle Änderungen, sondern eine „Neuerfindung“ der SPÖ notwendig sei, um wieder erfolgreich zu werden. Nach dem in ZUKUNFT 09/2016 erschienenen ersten Teil, stellt er hier weitere Thesen zur Diskussion, wie sich die Sozialdemokratie nach seiner Auffassung verändern müsste.

**D**er öffentliche Sektor zeichnet sich leider nicht durch große Reformdynamik und Veränderungsbereitschaft aus. Es herrscht meist eine Kultur der Fehlerangst statt eines offenen Umgangs mit Fehlern. Kritik wird nicht als wertvoll für die Weiterentwicklung erachtet. Noch immer zählen Gehorsam und Unterordnung mehr als professionelle Eigenständigkeit.

Die SPÖ muss sich hier klar positionieren. Gesellschaftlicher Fortschritt kommt nur durch mehr Effizienz und durch mehr Demokratie zustande. Mehr Demokratie ohne mehr Effizienz endet in wirtschaftlicher Agonie und Umverteilung von Weniger für Alle. Mehr Effizienz gilt auch für den öffentlichen Sektor. Dort braucht es leistungsfähige Strukturen und Führungssysteme. Es braucht einen intensiven Austausch zwischen der Privatwirtschaft und dem öffentlichen Sektor. Man darf sich nicht verstecken, sondern man muss voneinander lernen. Für jede Verwaltungseinheit lassen sich Ziele definieren, die auch ein Mehr an Effizienz messbar machen. Man muss es nur wollen. Alles Gerede über das schwierige Messen von öffentlichen Dienstleistungen ist nur Ausdruck von Unwillen. Wer nicht will, der findet Ausreden und wer will, der findet Wege.

Großen Handlungsbedarf gibt es nicht zuletzt auf Ebene der Bundesländer. Die SPÖ läuft Gefahr, dass sie mit der politischen Fokussierung auf Wien und das Burgenland sowie Kärnten die dringliche Notwendigkeit der Staatsreform nicht mehr betreibt. Wir können uns diesen extensiven Föderalismus nicht mehr leisten und er bringt auch für die Bürgerinnen und Bürger kein mehr an Wohlstand und auch keine verbesserte Dienstleistungsqualität. Es stellt sich einfach die Frage

ob es wirklich 9 Landesbauordnungen, 9 Umwelthaftungsgesetze, 9 Elektrizitätswirtschaftsgesetze, 9 Polizeistrafgesetze, 9 Veranstaltungssicherheitsgesetze, 9 Glücksspielautomatengesetze, 9 Jugendschutzgesetze, 18 (bzw. wahrscheinlich deutlich mehr) Dienstrechte, 9 Reisegebührenvorschriften, 9 Lehrerkranken- und Unfallfürsorgegesetze, 9 Landarbeitergesetze, 9 Agrarbehördengesetze, 9 Landesarbeitsordnungen, 9 Vergabegesetze, 9 Gleichstellungsgesetze, 9 Spekulationsverbotsgesetze, 9 Wahlrechtsgesetze, 9 Auskunftspflicht und Datenschutzgesetze, 9 eingetragene Partnerschaftengesetze etc. und die dafür notwendigen 9 Landtage in einem kleinen Land wie Österreich braucht. Das Thema darf man in der SPÖ natürlich heute nicht diskutieren, weil dann Michael Häupl und Hans Niessl sofort den Schlusspfiff zum Debattenende vornehmen. Das ist ein schwerer Fehler.

Der moderne und leistungsfähige Staat muss sich mehr der Grundlagenforschung und der Bildungsinfrastruktur als den öffentlichen Rentenzuschüssen zuwenden. Bezüglich der Bedeutung des Staates für Innovation sei jedem Leser die Lektüre von Mariana Mazzucato »Das Kapital des Staates«<sup>1</sup> empfohlen. Dort kann man unter anderem eine andere Geschichte von Apple nachlesen. Es wäre das Genie eines Steve Jobs ohne hunderte Milliarden an staatlicher Grundlagenforschung nicht in der Lage gewesen, ein iPhone oder ein iPad zu entwickeln. Die zwölf Schlüsseltechnologien des iPhone oder iPad stammen samt und sonders aus staatlichen Einrichtungen oder aus staatlich finanzierten Forschungsprogrammen.

Die steuerbasierte Finanzierung dieser wichtigen Maßnahmen im Bereich Infrastruktur und Forschung muss man als SPÖ auch mit den Unternehmern im Land ausstreiten.

Hier darf man nicht klein beigeben. Mazzucato ist auch hier eine interessante Quelle. Sie geht hart mit Apple, Microsoft und anderen Steuervermeidern in den USA ins Gericht. Die Steuervermeidungsstrategien von Apple etwa zeigen, dass der amerikanische Staat, der für die Grundlagen von Apple, Microsoft und Co. sehr hohe Risiken übernommen hat, die selbst risikofreudige Wagniskapitalgeber nicht tragen wollten, vom erreichten Erfolg keinen fairen Anteil erhalten soll. Hier wird offensichtlich kein faires System praktiziert, sondern schlicht ein parasitäres System etabliert. Risiken und Kosten werden der Allgemeinheit überlassen und Gewinne in einer Form privatisiert, dass sie keinen ausreichenden Beitrag für die Zukunft unserer Marktwirtschaft leisten. Dort muss die SPÖ ansetzen. Das muss man öffentlich transportieren. Das verstehen Arbeiter und Angestellte sehr gut, dass der Erfolg von Unternehmen ganz wesentlich durch ihre Arbeit entsteht.

Die SPÖ muss sich wieder als Reformmotor präsentieren, der einen leistungsfähigen und modernen Staat sicherstellt. Dafür braucht es auch glaubwürdige Persönlichkeiten, die an derartigen Programmen arbeiten. Eine wesentliche politische Forderung für SPÖ sollte die Umsetzung eines einheitlichen Dienstrechts für den gesamten öffentlichen Dienst (Bund, Länder, Gemeinden) sein. Mit einem einheitlichen Dienstrecht wäre ein Einsatz von Mitarbeitern über alle Verwaltungsebenen hinweg einfach und rasch möglich. Diese Anforderungen werden zunehmen, weil der kleine Staat Österreich seine Ressourcen in der Verwaltung flächendeckend optimal nutzen muss.

## **DIE SPÖ MUSS SICH ALS PARTEI DES WIRTSCHAFTSPOLITISCHEN SACHVERSTANDS NEU ERFINDEN.**

Ein Satz vom US-Präsidenten Bill Clinton ging rund um die Welt: »It's the economy, stupid!« Er stammte vom Kampagnenspezialisten James Carville und sollte die Bedeutung der Wirtschaftspolitik für den Clinton Wahlkampf 1992 unterstreichen. Dass die Wirtschaftspolitik ganz unterschiedliche Ergebnisse erbringt, erleben wir nun seit Jahren im Vergleich USA und EU. Während die USA nach der Finanzkrise wieder ein beschäftigungsförderndes Wachstum erreicht, dümpelt die EU dahin. Der deutsche Finanzminister wird zwar in Deutschland als Sparweltmeister gefeiert, aber er wird durch seine Politik auch zum Konjunkturtöter in der EU. Die fehlende koordinierte EU-Wirtschaftspolitik wird sich auch noch auf Deutschland negativ auswirken. Noch spielt in Deutschland die Demographie mit und das Arbeitskräfteangebot sinkt trotz

Zuwanderung, daher sieht man die Auswirkungen weniger. In Österreich ist die Situation deutlich anders. Wir erleben die höchste Arbeitslosigkeit seit 60 Jahren. Die Situation ist dramatisch.

Mit Christian Kern gibt es jetzt einen Bundeskanzler, der wirtschaftliche oder wirtschaftspolitische Kompetenz ausstrahlt. Es fehlt aber noch das glaubwürdige Programm. Hoffentlich wird Tag und Nacht mit der ÖVP am New Deal für Österreich und Europa gearbeitet. Damit man auf der europäischen Bühne die fehlende EU-Wirtschaftspolitik kompetent kritisieren kann, braucht es einen starken und sichtbaren österreichischen Gestaltungswillen. Als kleines Land hat man im internationalen Wettbewerb nur eine Chance, wenn man sehr gut ist. Das praktizieren erfolgreich österreichische Unternehmungen, aber auch öffentliche Einrichtungen im ganzen Land. Die SPÖ muss nun einen Dialog mit jenen Kräften etablieren, die verstehen, dass eine starke Sozialdemokratie für eine funktionierende Marktwirtschaft eine wichtige stabilisierende Größe ist. Zu diesen Kräften zählen Manager, Industrielle, Eigentümer von kleinen und mittleren Unternehmen, Banker aber auch Ökonomen, Gewerkschaftsvertreter oder Wirtschaftsforscher (darunter sehr viele kompetente Frauen). Sie alle sind erforderlich, um eine kompetente Wirtschaftspolitik zu entwickeln und breit zu kommunizieren. Nicht jeder muss die SPÖ lieben oder wählen. Es reicht, wenn es die Bereitschaft bei den Personen gibt, dass sie an einem wirtschaftspolitischen Konzept und einer jährlichen wirtschaftspolitischen Stellungnahme der SPÖ mitarbeiten.

Es gibt gute Ökonominen und Ökonomen im ganzen Land. Manche treffen sich im Kautsky-Kreis, andere forschen außerhalb organisierter Zusammenhänge. Es gibt mehr Manager, Industrielle und Eigentümer von Klein- und Mittelbetrieben, die durchaus mit der SPÖ zusammenarbeiten würden. Man muss sie nur ansprechen und einladen. Man braucht dafür glaubwürdige Personen, die Politik, Öffentliche Verwaltung und Privatwirtschaft abdecken. Gitti Ederer wäre eine derartige Person, die eine wirtschaftspolitische Kompetenzgruppe für die SPÖ leiten könnte. Dafür braucht es auch finanzielle Mittel, damit die Arbeit vor- und nachbereitet wird. Auch die SPÖ muss für ihre Grundlagenarbeit gezielt Geld ausgeben. Damit spart man sich dann später Geld bei Plakaten, Inseraten und Werbesendungen.

Bei der Auswahl der Personen muss man auf eine gute regionale und institutionelle Verteilung achten. Es muss auch

klar sein, dass es sich um eine ausreichend große Runde handelt. Hundert Persönlichkeiten im großen Kreis sind einmal das Minimum. Natürlich müssen auch ausreichend kompetente Frauen eingebunden werden. Die Arbeit muss thematisch gut organisiert sein und in zuarbeitenden Arbeitsgruppen können dann weitere hundert oder mehr Personen mitarbeiten. Gemeinsame Politik entsteht nicht in kleinen Zirkeln der Macht, sondern in den Niederungen der Zusammenarbeit in Arbeitsgruppen und Kompetenzkreisen. Die heutigen modernen Kommunikationstechnologien unterstützen dezentrales Arbeiten. Das Zusammentreffen in der großen Runde dient dann der verbindenden Abschlussdebatte.

Wenn die SPÖ nicht deutlich mehr Gestalt bei wirtschaftspolitischen Fragestellungen annimmt, dann wird der Druck in den Bundesländern und in den Bezirksorganisationen wegen der kritischen Wirtschaftslage immer größer, da die europäischen und internationalen Entwicklungen zu wenig vermittelt und keine Strategien für deren Mitgestaltung und vor allem Veränderung entwickelt werden. Strategien der Mitgestaltung werden dann glaubwürdig, wenn viele Menschen daran mitarbeiten und über diese Mitarbeit auch sprechen und publizieren. So gewinnt man an politischer Relevanz und an wirtschaftspolitischer Glaubwürdigkeit.

### DIE SPÖ MUSS SICH ALS PARTEI DER GEORDNETEN ZUWANDERUNG NEU ERFINDEN

Österreich ist ein Einwanderungsland. Punkt. Und das nicht erst seit gestern. Nein, seit hunderten Jahren bewegen sich Menschen nach Österreich und über längere Zeiträume gab es auch größere Auswanderungswellen. Große Zuwanderung gab es gegen Ende der Habsburger-Monarchie aus Tschechien und vielen anderen Kronländern. Die Namen bekannter sozialdemokratischer Akteure wie Broda, Cap oder Vranitzky zeugen von diesem Umstand. Nach der großen Flüchtlingsintegration direkt nach dem zweiten Weltkrieg (allein von 1946 bis 1955 wurden über 419.000 Personen in Österreich eingebürgert!) haben die Flüchtlingswellen aus Ungarn und der Tschechoslowakei markante Veränderungen in Österreichs Bevölkerung mit sich gebracht. Diese Zuwanderungswellen waren von Aufbau, Abwehr des Kommunismus und vom Wirtschaftswunder geprägt. Das Wirtschaftswunder hat auch die nächste Welle an Zuwanderung ausgelöst. Gastarbeiter aus dem ehemaligen Jugoslawien, aus Italien, Griechenland und der Türkei wurden angeworben. Später kam die Flüchtlingswelle im Zuge des Jugoslawienkriegs, vor allem aus Bosnien. Zuletzt die Flüchtlinge aus Syrien und zahlreichen anderen

»gescheiterten« Staaten. Jahrzehntlang wollte man es in der SPÖ nicht wahrhaben, dass Österreich ein Zuwanderungs- oder Einwanderungsland ist.

Dem Umstand eines Zuwanderungs- und Einwanderungslandes muss man sich in aller Konsequenz stellen. Österreich wird Zuwanderung weiter brauchen. Ohne Zuwanderung und erfolgreiche Integration können unsere Sozialsysteme nicht aufrechterhalten werden. Es braucht eine Politik, die auf diesen Umstand nachhaltig ausgerichtet ist. Es geht dabei nicht nur um institutionelle Fragen, sondern auch um kulturelle Frage wie die Definition des Heimatbegriffs. Wenn man als SPÖ diesen Begriff nicht stärker inhaltlich besetzt, dann verliert man die Auseinandersetzung mit der FPÖ in Richtung abstammungsorientierter Heimatbegriff. Mit der zunehmenden »Inländerdebatte« beginnt das bereits in Ansätzen. Wichtig ist darzustellen, dass die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes viele Wurzeln haben. Manche davon sind erst kurz Staatsbürger, andere bereits über Generationen. Zigtausende versuchen neu Fuß zu fassen und werden in den nächsten Jahren Staatsbürger unseres Landes werden. Unser Heimatbegriff muss das daher abdecken. Die SPÖ darf nicht zulassen, dass der Begriff Inländer bewusst missbraucht wird. Auch in der SPÖ ist hier eine grundlegende und breite Debatte notwendig.

Die Politikwissenschaftler Rathgeb und Wolkenstein haben in einem Beitrag in der Zeitung Der Standard eine gute Definition vorgenommen. Sie sprechen davon, dass man der spaltenden Abstammungsidee die Idee der Willensgemeinschaft gegenüberstellen muss. Sie schreiben: »Diese Gesellschaftsvorstellungen wirken integrativ, weil sie zum einen nicht verleugnen, dass erfolgreiches Zusammenleben einen Minimalkonsens über Werte und Institutionen – beispielsweise gegenseitigen Respekt und demokratische Prozesse – benötigt. Zum anderen lassen sie die Möglichkeit offen, zur Gesellschaft dazuzugehören, weil man dazugehören will – und nicht, weil man in diese Gesellschaft hineingeboren wurde, wie es der Volksbegriff der FPÖ andeutet. Klar muss sein, dass die Basis für gesellschaftlichen Zusammenhalt nur ein Einverständnis über demokratische und emanzipatorische Werte sein kann.«<sup>2</sup>

In Oberösterreich und im Burgenland greift die Inländerdebatte bereits immer stärker um sich. Im größten Industrieexportland Österreichs in Oberösterreich und im EU-Sondermittelzielland Burgenland entdeckt man den abstammungsmäßigen Inländer wieder. Darauf braucht es sach-

liche Antworten, die zeigen, dass der abstammungsmäßige Inländer eine Fiktion ist. Seit 1946 wurden rund 1,169 Mio. Personen in Österreich mit unterschiedlichem Migrationshintergrund eingebürgert<sup>3</sup>. Diese haben zwischenzeitlich Kinder gezeugt und zählen mit den Kindern und Enkelkindern sicherlich mehr als 2 Mio. Menschen. Zudem leben aktuell in Österreich 1,139 Mio. Personen, die nicht die österreichische Staatsbürgerschaft haben<sup>4</sup>. Auch diese werden Kinder zeugen und damit die Zusammensetzung des Landes beeinflussen. Wenn man jetzt die großen Zuwanderungen aus den Kronländern vor 1946 und deren Nachfahren berücksichtigt, dann wird der abstammungsmäßige Österreicher eine deutliche Minderheit darstellen. Gut ist daher der Ansatz der Willensheimat, der den Zusammenhalt aller unterstützt. Damit können alle 8,576 Mio. Österreicherinnen und Österreicher eingeschlossen werden.

Man darf bei der Bewertung und Kritik der Kooperation mit der FPÖ nicht den Fehler machen, dass man einem Hans Niessl sein Ohr für die Sorgen und Nöte der Bevölkerung absprechen möchte. Die SPÖ Burgenland ist eine Partei, die in fast allen Orten des Landes sehr gut aufgestellt ist. Wenn Hans Niessl für das Burgenland die Willensheimat der SPÖ ganz klar gegen die Abstammungsheimat der FPÖ positioniert, dann leistet er damit einen wichtigen Beitrag für die Gesamt-SPÖ. Daran sollte man ihn und die SPÖ Burgenland messen. Und auch daran, dass die Unterbringung und Integration der jüngsten Flüchtlinge burgenlandweit vorbildlich umgesetzt wird. Da gibt es noch zahlreiche Gemeinden ohne einen einzigen Flüchtling, die Soziallandesrat Norbert Darabos überzeugen muss.

Die SPÖ muss das Thema der gemeinsamen Heimat für sich besetzen. Es gibt Millionen Österreicher mit einem längeren oder kürzeren Migrationshintergrund. Diese sollen die Kampagne gemeinsam mit den schon »langeingesessenen Wohlgesinnten« bestreiten. Die SPÖ braucht glaubwürdige Vertretungen mit Migrationshintergrund und diese müssen auch in der ersten Reihe sichtbar sein. Eine Ministerin oder ein Minister sollte das Thema daher ganz bewusst abdecken. Mit der Ernennung von Muna Duzdar zur Staatssekretärin hat Christian Kern hier einen ersten wichtigen Schritt gesetzt.

Die starke Präsentation des eigenen Heimatbegriffs und das Bekenntnis der Einbindung in die EU können gemeinsam die Formel ergeben, die eine Abstammungs-(= Arier) und EU-feindliche FPÖ in die Schranken weist.

## DIE SPÖ MUSS SICH ALS VERBÜNDETE DER ZIVILGESELLSCHAFT NEU ERFINDEN

Heute können politisch interessierte Menschen aus einer Vielzahl an Angeboten wählen. Es gibt nicht mehr nur die etablierten Organisationen wie die großen Glaubensgemeinschaften oder Parteien, sondern hunderte, ja tausende Initiativen. Eine sozialdemokratische Partei muss daher mit der engagierten Zivilgesellschaft in einem lebendigen Austausch stehen.

Der Autor hat mit Respekt.net einen Verein zu Stärkung der Zivilgesellschaft gegründet, die mittlerweile mehr als 16.000 Community-Mitglieder umfasst. Mit der Politiktransparenz-Plattform [www.meineabgeordneten.at](http://www.meineabgeordneten.at) und mit der Steuertransparenz-Plattform [www.steuernzahlen.at](http://www.steuernzahlen.at) gäbe es wirklich offensichtliche Anknüpfungspunkte. Diese werden aber einfach nicht genutzt. Nein, stattdessen verhält man sich bei den Nebeneinkünften der Abgeordneten als wären es echte Staatsgeheimnisse. Es regiert offenbar die Angst vor der Transparenz. Transparenz ist aber heute ein Erlebnis, dass jeder im Internet täglich suchen und finden kann. Die Politik muss sich dafür einfach öffnen. Das Thema Steuertransparenz wäre auch ein guter Ansatzpunkt gewesen. So standen erstmals Daten zur Gesamtsteuerbelastung nach Einkommensstufen zur Verfügung. Statt mit diesen Daten in Kampagnenform zu arbeiten, gab es angerührte Mails von Gewerkschaftssekretären. Die SPÖ nutzt offensichtliche Chancen nicht. Respekt.net ist dafür nur eines von zahlreichen Beispielen.

Die engagierte Zivilgesellschaft deckt alle Themen der Empörten über die sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Folgen des global entfesselten Kapitalismus ab. Dort liegt eine große Chance der SPÖ. Wie so oft mangelt es auch in dieser Frage an der Glaubwürdigkeit der Akteure. Welche Aktivisten von Amnesty International, Greenpeace, Global2000, Attac, Flüchtlinge Willkommen oder sos-Mitmensch wechseln in die SPÖ? Es braucht Spitzenkräfte in der SPÖ, die diesen Zugang verkörpern.

In den zivilgesellschaftlichen Gruppen begegnet man vielen Vertretern von Religionsgemeinschaften, bzw. viele Religionsgemeinschaften haben aktive Gruppierungen, die mit zivilgesellschaftlichen Initiativen einen regen Austausch betreiben. Caritas oder Diakonie sind zwei der großen Einheiten, die viele engagierte Mitarbeiter haben. Sie wären grundsätzlich für die Positionen der SPÖ ansprechbar. Es gibt aber zu wenig glaubwürdige Persönlichkeiten in der SPÖ, die attraktiv für die engagierten Mitarbeiter dieser Organisationen sind.

Die SPÖ muss sich auch als Partei des Dialogs mit den religiösen Gemeinschaften neu erfinden. Dialog ist in diesem Bereich keine Einbahnstraße. Die SPÖ kann ihre Werte mit den Glaubensgemeinschaften abgleichen und Angebote zur Zusammenarbeit erstellen. Der Dialog muss in alle Gliederungen der SPÖ gebracht werden.

Auch die Zivilgesellschaft kann von der Sozialdemokratie lernen. Die »Engagierten« der Bürgergesellschaft stammen vielfach aus gut gebildeten Schichten und übersehen gerne, dass unsere Gesellschaft nur durch schichtübergreifenden Zusammenhalt friedlich funktionieren kann. In ihrem Buch »Entbehrliche der Bürgergesellschaft« gehen Johanna Klatt und Franz Walter diesem Phänomen eingehend nach. Sie zeigen, dass Engagement durchaus verbindend sein kann. Die Zivilgesellschaft braucht den inhaltlichen sozialdemokratischen Einfluss, damit sie sich nicht vorschnell selbst genug ist. Engagement gibt es auch in der Unterschicht. Chantal Munsch hat das in ihrem Buch »Sozial Benachteiligte engagieren sich doch« eindrucksvoll dokumentiert. Die Sozialdemokratie kann dieses Engagement im Dialog mit zivilgesellschaftlichen Gruppen sichtbar machen. Voraussetzung ist natürlich, dass man noch lokal und regional verankert ist. Gerade in großstädtischen Gebieten wird das zu einer immer größeren Herausforderung für die SPÖ.

### DIE SPÖ MUSS SICH GENERELL ALS OFFENE UND DURCHLÄSSIGE PARTEI NEU ERFINDEN

Wenn man heute politisch interessiert ist, dann schrecken die Rituale der SPÖ eher ab. Die Anknüpfungspunkte an die SPÖ sind verknöchert und werden von Menschen aus den geschützten Bereichen dominiert. Wenn man zum Beispiel als Neuling eine SPÖ-Sektion in Wien besucht, dann wird man gefragt ob man von der Gemeinde, von den Stadtwerken oder von der Holding kommt. Die Mitglieder entstammen überwiegend dem geschützten Bereich der Stadt Wien oder aus den Gewerkschaften. Es gibt eine auffällige Zunahme von Familien- und Clanstrukturen in der SPÖ. Sohn oder Tochter »erben« das Amt des Vaters (im Regelfall Vater). Das sind gleich mehrere Alarmzeichen. Die SPÖ verliert den Anschluss an die Bevölkerungsmehrheit bzw. hat ihn bereits verloren. Das gilt nicht nur für Wien, sondern für viele Gemeinden in Österreich. Eine Sozialdemokratie, die keine Partei der sozialen Durchlässigkeit mehr ist, sondern in der Positionen und Funktionen vererbt werden, verliert ihre historische Berechtigung und ihre Vorbildwirkung.

Um in der SPÖ politisch aktiv zu werden, muss man heute zu viele Hürden überwinden. Die wesentlichsten Hürden sind Besitzstandwahrer in der gesamten Parteiorganisation, die Neugründungen von Sektionen abblocken und nur die bestehenden Herrschaftsstrukturen aufrechterhalten möchten. Damit wird man keine Bewegung entfachen, keine neuen Mitglieder gewinnen und auch keine Wahlen gewinnen. Diese Reaktionen sind in einer Phase des Niedergangs verständlich, verstärken aber den Niedergang nur weiter.

Damit eine verknöcherte Struktur aufgebrochen werden kann, müssen sämtliche Funktionsperioden in der SPÖ begrenzt werden. Es macht keinen Sinn, wenn jemand 20 Jahre Sektions- oder Bezirksobmann, Landtagsabgeordneter oder Nationalrat ist. Damit verliert man einfach an Bewegung (= Generationswechsel und neue Ideen), die man heute so dringend braucht. Es mag in der Vergangenheit wichtig gewesen sein, dass man Kontinuität verkörpert. Heute gibt es zu viel Kontinuität und bald nur noch Kontinuität.

Ein sehr wichtiger Punkt für mehr Offenheit und Durchlässigkeit ist die Abbildung der Gesamtbevölkerung bei den Funktionärinnen und Funktionären. Die SPÖ muss daher sozialen Aufsteigern mit Migrationshintergrund eine echte Chance geben. Dafür braucht es Einladungen in allen Ortsorganisationen und allen Vorfeldbereichen.

Die Partei bietet zu wenig Teilnahmemöglichkeit. Es muss mehr Wettbewerb, mehr Auswahl und mehr offene Entscheidungen geben. Auf jeder Ebene sollten daher Vorwahlen abgehalten werden, die für alle Parteimitglieder und für Unterstützer (diese sollten einen kleinen Beitrag zahlen, um die Ernsthaftigkeit des Engagements zu unterstreichen) offen sind. Engagierte Gruppen sollen ihre Unterstützer mobilisieren, damit sie Kandidaten durchbringen.

Damit die SPÖ wirklich ein starkes Signal aussenden kann, braucht es einen neuen Modus für die Wahl der Parteivorsitzenden auf Bundes- als auch auf Landesebene. Die Landesparteivorsitzenden und der Bundesparteivorsitzende sollten in einem offenen Wettbewerb von den Mitgliedern der Orts- und Bezirksorganisationen und von zahlenden Unterstützern und Sympathisanten gewählt werden. Dafür braucht es zumindest zwei Kandidatinnen bzw. Kandidaten. Es soll bundeslandweit oder österreichweit mobilisiert werden. Es soll Debatten im ganzen Land oder im jeweiligen Bundesland zur richtigen Führungsperson der SPÖ geben. Mit dieser Art politischer

Wettbewerb können Positionen und Inhalte der Sozialdemokratie wieder öffentlich präsentiert werden. Damit weckt man Interesse und fordert auch die eigenen Kandidatinnen und Kandidaten heraus.

## RESÜMEE

Die SPÖ steckt in einer existenziellen Krise, die nicht durch ein paar kosmetische Maßnahmen behoben werden kann. Es sind wirklich einschneidende »Turn-Around«-Maßnahmen notwendig:

1. Die SPÖ muss sich mit anderen Schwesterparteien als europäische Partei neu erfinden.
2. Die SPÖ muss sich als glaubwürdige Partei für die Interessen der Frauen neu erfinden.
3. Die SPÖ muss sich als Partei des fairen Ausgleichs von öffentlichem und privatem Sektor neu erfinden.
4. Die SPÖ muss sich als Partei für Gerechtigkeit und soziale Durchlässigkeit neu erfinden.
5. Die SPÖ muss sich als Partei des modernen und leistungsfähigen Staats neu erfinden.
6. Die SPÖ muss sich als Partei des wirtschaftspolitischen Sachverstands neu erfinden.
7. Die SPÖ muss sich als Partei der geordneten Zuwanderung neu erfinden.
8. Die SPÖ muss sich als Verbündete der Zivilgesellschaft neu erfinden.
9. Die SPÖ muss sich generell als offene und durchlässige Partei neu erfinden.

Wenn man sein Geschäftsmodell derartig massiv wie die SPÖ anpassen muss, dann braucht es auch personelle Änderungen. Die oben angeführten Themenstellungen erfordern umfassende Veränderungen. Es braucht am Ende des Tages Personen, die sie glaubwürdig umsetzen können. Mit Christian Kern hat die SPÖ eine neue Persönlichkeit an die Spitze von Partei und Regierung gesetzt, die die erforderlichen Maßnahmen mit Elan und Schwung angehen könnte. Der personelle Wechsel ging aber sehr rasch vor sich. Die inhaltliche Arbeit zu den oben angeführten Themen muss daher vielfach erst noch geleistet werden. Diese inhaltliche Arbeit zu vertagen und durch Marketing und professionelleres »House of Cards« zu ersetzen, wäre ein kapitaler politischer Fehler. Damit würde man sich die Auseinandersetzung zu den obigen Themen nicht sparen können. Der Erfolg eines personellen Wechsels wäre sehr schnell erschöpft und dann kommen die ungelösten Probleme nur mit noch größerer Vehemenz zurück. Das zeigt

die Erfahrung im Sanierungsgeschäft. Man muss den Realitäten sehr genau in die Augen sehen und dann entsprechende Maßnahmen setzen. Das wird auch die SPÖ unter Christian Kern tun müssen, wohl oder übel.

Die Umfeldbedingungen sind für die SPÖ außerordentlich gut. Die Auswirkungen des entfesselten globalen Kapitalismus haben noch nie so viele Widersprüche erzeugt wie heute. Es gab noch nie so viele Empörte über die sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Schäden des Kapitalismus. Die Einkommens- und Vermögenskonzentration schafft immer offensichtlicher neue Oligarchien, die einer positiven Entwicklung der Marktwirtschaft im Wege stehen. Die Sozialdemokratie ist für die Schaffung des Wohlstands für Alle weiter dringend notwendig. Diese Umfeldbedingungen sprechen ganz klar dafür, dass die Restrukturierung der SPÖ gelingen kann. 🍀

## MARTIN WINKLER

([martin.winkler@respekt.net](mailto:martin.winkler@respekt.net)), Unternehmer und Sozialdemokrat, Gründer von Respekt.net, dem Verein zur Stärkung der Zivilgesellschaft (betreibt unter anderem die Crowdfunding-Plattform [www.respekt.net](http://www.respekt.net), die Politiktransparenz-Plattform [www.meineabgeordneten.at](http://www.meineabgeordneten.at), die Steuertransparenz-Plattform [www.steuernzahlen.at](http://www.steuernzahlen.at) und die Flüchtlingshilfe-Plattform [www.asylwohnung.at](http://www.asylwohnung.at)), von 1990 bis 1992 Vorsitzender der Sozialistischen Jugend Österreichs und Mitglied des Bundesparteivorstands der SPÖ.

1. Mariana Mazzucato, Das Kapital des Staates, Eine andere Geschichte von Innovation und Wachstum, Kunstmann Verlag 2014
2. Philipp Rathgeb, Fabio Wolkenstein, in Der Standard vom 2. Mai 2016, Reform oder Untergang: Ist die SPÖ noch zu retten?
3. Statistik Austria, Einbürgerungen seit 1946
4. Statistik Austria, Österreichische Bevölkerung ohne Staatsbürgerschaft 2015
5. Johanna Klatt, Franz Walter, Entbehrliche der Bürgergesellschaft, transcript Verlag Bielefeld 2011
6. Chantal Munsch, Sozial Benachteiligte engagieren sich doch, Juventa Verlag 2003







**sex in wien**  
wien museum

LAUFHAUS »KONTAKTZONE«,  
RAABER-BAHN-GASSE, 2016  
Foto: Klaus Pichler  
© Wien Museum

# BREXIT – eine ansteckende Krankheit

**Das BREXIT-Votum widerspricht** für Thomas Nowotny jeder ökonomischen Vernunft und ist (auch) als Revolte gegen die abgehobenen und arroganten Eliten des eigenen Landes zu verstehen. Die Freude über den Wegfall des ewigen Bremsers auf dem Weg zur europäischen Einigung kann der Autor dabei nicht teilen und fürchtet, dass bald weitere Dominosteine fallen könnten.

**A**m 23. Juni haben die britischen Bürger bei einem Referendum dafür gestimmt, aus der Europäischen Union auszutreten. Die neue britische Regierung scheint entschlossen, dies als eine bindende und endgültige Entscheidung anzusehen. Schwer begreiflich ist das deshalb, weil die Entscheidung der Wähler und der Regierung den realen britischen Interessen zuwiderläuft. Das Vereinigte Königreich ist durch seine 40-jährige Mitgliedschaft eng in die Union verwoben. Die Auflösung dieser Bande ist schon rein technisch überaus schwierig, und die britische Regierung ist mit dieser Aufgabe offensichtlich auch überfordert. Nicht nur stehen ihr schon nicht genügend Experten zur Verfügung, um diese komplizierten Verhandlungen zu führen. Es ist sich auch die britische Regierung bislang nicht einmal darüber im Klaren, wie sie künftighin das Verhältnis zur EU gestalten soll. Verschiedene Regierungsmitglieder haben dazu weit unterschiedliche Vorstellungen. Völlig unrealistisch ist jene, der gemäß das Vereinigte Königreich alle Vorteile der bisherigen Mitgliedschaft lukrieren könnte und dennoch berechtigt wäre, eines dieser Rechte – das der Union wesentliche Recht auf freizügigen Personenverkehr – stark einzuschränken.

Schon um Präzedenzwirkungen zu vermeiden, würde die EU dem nie zustimmen. Wollte sie nicht eine Kaskade von einander aufschaukelnden negativen wirtschaftlichen Folgen vermeiden, müsste Großbritannien also ein Verhältnis zur EU herstellen, das jenem gleicht, das zwischen Norwegen und der EU besteht. Als Mitglied des Europäischen Wirtschafts-

raumes darf Norwegen voll am Binnenmarkt teilhaben; muss dafür aber – so wie EU-Mitglieder – finanzielle Beiträge leisten und muss das Prinzip der Freizügigkeit des Personenverkehrs akzeptieren. Von diesem Prinzip der Freizügigkeit des Personenverkehrs könnten für Großbritannien, der politischen Kosmetik wegen, bestenfalls einige kleinere Abstriche gemacht werden. Am Grundsatz selbst könnte Großbritannien wohl nicht rütteln. Das ist seitens Großbritanniens nur schwer hinzunehmen, denn gerade am Widerstand gegen die Freizügigkeit des Personenverkehrs und die massive Einwanderung aus den EU-Staaten, hatten sich die Anti-EU-Emotionen aufgeladen. Daher würde das Vereinigte Königreich wohl nicht bereit sein, das Verhältnis zur EU nach der Art Norwegens zu regeln.

## GLATTWEGS ILLUSIONÄR

Alle anderen denkbaren Lösungen würden das Vereinigte Königreich von der Teilnahme am Binnenmarkt ausschließen und dazu zwingen, seine Stellung im Welthandelssystem völlig neu zu definieren. Glattwegs illusionär ist dabei die Vorstellung, Verluste aus dem Wegfall des freien Zugangs zum EU-Binnenmarkt durch Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen zu anderen, außereuropäischen Staaten kompensieren zu können. Die Vereinigten Staaten sind der größte außereuropäische Markt für britische Exporte. Das Volumen dieser britischen Exporte in die USA entspricht aber lediglich dem Volumen der Exporte in einen einzigen großen EU-Staat – nämlich Deutschland. Das Volumen der Exporte in andere außereuropäische Staaten

### Das Vereinigte Königreich – ziemlich abgeschlagen im Hinblick auf wirtschaftliche Zukunftstauglichkeit

Staat	Brutto-Investitionen % des BNP	Leistungsbilanzsaldo % des BNP	Saldo des Staatshaushaltes % des BNP	Anteil der Industriellen Wertschöpfung am BNP (%)
<b>Euro - Raum</b>		+3,0	-1,8	
<b>UK</b>	14,4	-5,1	-2,0	11
<b>Österreich</b>	21,4	+2,3	-1,4	18
<b>Deutschland</b>	17,6	+8,1	+0,4	23
<b>Frankreich</b>	19,8	-0,5	-3,3	11
<b>Italien</b>	18,2	+1,1	-2,6	15
<b>Niederlande</b>	17,0	+9,9	-1,4	12
<b>USA</b>	18,6	-2,5	-2,5	12

Quellen: OECD , Weltbank. The Economist

(darunter auch in die Commonwealth-Staaten Australien und Kanada) ist relativ unbedeutend.

Alle dem Vereinigten Königreich offenstehenden Optionen zu Regelung seines Verhältnisses zur EU haben jedenfalls gemeinsam, dass jede von ihnen Großbritannien schwerwiegende Nachteile gegenüber dem jetzt bestehenden Zustand einer »Noch-Mitgliedschaft« bescheren werden.

Die britische Regierung scheut sich, dass den Bürgern auch klar zu machen. Sie trachtet dem Dilemma dadurch zu entkommen, dass sie eine Entscheidung über den BREXIT hinauszögert. Das Schreiben, mit dem sie (nach Artikel 50 des EU-Vertrages) die Mitgliedschaft aufkündigt, soll daher erst im Jahre 2017 abgeschickt werden.

Es ist möglich – wenn auch wenig wahrscheinlich –, dass ein Gerichtsentscheid den Weg hin zu BREXIT doch noch versperrt. Anders als die Regierung ist unklar, ob das Parlament die BREXIT-Entscheidung nämlich als bindend betrachtet. Dem Wesen einer repräsentativen Demokratie entsprechend, läge nach Ansicht mancher Parlamentarier die letzte Verantwortung für eine solche schicksalshafte Entscheidung beim gewählten Parlament. Dessen Mitglieder hatten sich vor der Abstimmung mehrheitlich für den Verbleib in der Europäischen Union ausgesprochen. Mangels einer geschriebenen britischen Verfassung lässt sich mit einem Verweis auf den Text der Verfassung nicht feststellen, ob sich das Parlament im Extremfall durchsetzen könnte. So liegt es also an einem Höchstgericht, diese Entscheidung zu treffen. Beobachter gehen zumeist davon aus, dass das Höchstgericht den Volkstentscheid respektieren, und das Ansinnen des Parlaments ignorieren würde.

Die lange Ära der Unentschlossenheit und Unsicherheit schadet der britischen Wirtschaft. Es besteht zum Beispiel keine Klarheit über so wesentliche Fragen wie der nach dem künftigen Zoll-Regime und der künftigen Regelung von

Ursprungszeugnissen. In der City of London – dem wichtigsten Finanzplatz Europas – weiß man nicht, ob britische Banken und Finanzinstitutionen künftig so wie bisher in allen EU Staaten tätig sein dürfen.

Wie konnte es dazu kommen; und wie konnte es dazu kommen, obwohl fast das gesamte politische Establishment, obwohl Wirtschafttreibende, Wissenschaftler und andere Intellektuelle eindringlich vor einem BREXIT gewarnt hatten? Wie konnte es dazu kommen, obwohl 1,2 Millionen britische Bürgerinnen und Bürger in anderen EU-Ländern leben und dort oft ihren zweiten Wohnsitz oder ihren Alterswohnsitz haben? Wie konnte es dazu kommen, obwohl die EU-Mitgliedschaft der britischen Wirtschaft stark genützt hat (z. B. dadurch, dass US- und japanische Investitionen für den EU-Raum in großem Ausmaß in Großbritannien getätigt wurden)? Wie konnten sich britische Bürger für den BREXIT entscheiden, obwohl eine der Folgen sogar die Auflösung der »Vereinigten Königreiches« sein könnte? Denn falls sich das Vereinigte Königreich wirklich von der Europäischen Union trennt, wird das Thema der staatlichen Unabhängigkeit Schottlands wieder virulent – und das von Nordirland ebenso. Die Schaffung einer EU-Außengrenze zwischen dem nördlichen und dem südlichen Teil der irischen Insel würde den freien Austausch zwischen den beiden Regionen stark behindern und den prekären Frieden im Norden Irlands gefährden.

### UNERSCHÜTTERLICHES SELBSTVERTRAUEN

Die Entscheidung für BREXIT ist Ausdruck eines völlig intakten, unerschütterlichen Selbstvertrauens der britischen Eliten; vor allem auch eines Vertrauens in die Stärke der britischen Wirtschaft. Dieses Selbstvertrauen ist unbegründet – ja illusionär. Die Statistiken verweisen nämlich auf eine rasch schwindende Wettbewerbsfähigkeit. Es wird vergleichsweise wenig investiert. Das Land konsumiert mehr, als es selbst erzeugt. Die Importe sind größer als die Exporte und die Leistungsbilanz ist demgemäß chronisch defizitär (so wie übrigens mit -4% des BNP auch der Staatshaushalt). Großbritannien, der Staat in dem der Industrialismus erfunden wurde, marschiert seit Jahren in die umgekehrte Richtung einer raschen »De-Industrialisierung«. (Siehe Abbildung oben)

Die Briten neigen offensichtlich dazu, ihren eigenen Wohlstand zu überschätzen und sich noch immer an der Spitze der europäischen Hackordnung zu sehen. Mit jährlich 23.743 Euro liegt das durchschnittliche britische Haushaltseinkommen jedoch unter dem durchschnittlichen Haushaltseinkommen aller OECD-Staaten (25.810 Euro); und weit unter dem durchschnittlichen Einkommen in Österreich (28.165 Euro).

Daraus müssten nicht notwendigerweise Probleme entstehen, wäre dieses doch noch immer recht beachtliche durchschnittliche Haushaltseinkommen nicht auf extrem ungleich Art verteilt. Das oberste 20 Prozent der Briten verfügt über ein durchschnittliches Haushaltseinkommen, welches (laut OECD) das der untersten 20 Prozent der Bevölkerung um das Sechsfache übersteigt. Wenn man die Türkei ausnimmt, sind in Großbritannien die Einkommen weit ungleicher verteilt als in irgendeinem anderen europäischen Staat.

Der Zustand der britischen Gesellschaft spiegelt dieses Erlahmen der wirtschaftlichen Dynamik, die De-Industrialisierung und vor allem auch diese ins Unerträgliche gesteigerte Ungleichheit von Einkommen und Vermögen wider. In den wohlhabendsten Vierteln der Hauptstadt London ist der Preis von Grundstücken, Wohnungen und Mieten durch wohlhabende in- und ausländische Investoren in astronomische Höhen getrieben worden. Jene, die diese Preise noch bezahlen können, dürfen dann auch ein auf sie zugeschnittenes und reichliches kulturelles Angebot nutzen und sich an sonstigen Hobbies ergötzen, die vornehmlich Reichen zustehen. In den einstigen Industriestädten Mittelenglands hingegen herrscht freudlose Öde. In endlosen Gassen fügen sich kleine, rußgeschwärzte Reihenhäuser aneinander. Das Gemeinschaftliche des Lebens verkümmert und manifestiert sich allenfalls noch im samstägligen Besäufnis. Die verfallende Infrastruktur unterstreicht den Eindruck von gesellschaftlichen Abstieg und Hoffnungslosigkeit. Den Eindruck bestätigen auch Sozialstatistiken. Sie verweisen zum Beispiel auf eine im europäischen Vergleich sehr hohe Rate an Schwerverbrechen; auf die hohe Zahl ungewollter Schwangerschaften von Teenagern; und auf ungesunde Ernährung und Fettleibigkeit (Anteil der Fettleibigen an der Gesamtbevölkerung: Österreich = 12,4 %; Deutschland: 13,6 %; Schweiz: 7,7 %; UK: 22,0 %)

Diese Zahlen belegen die Probleme einer in Perspektive entlassenen, zunehmend deklassierten, breiten unteren Mittelschicht von Industriearbeitern und kleinen bis mittleren Angestellten. Es sind das jene Briten, welche für BREXIT

gestimmt haben. Sie fühlten sich machtlos, allein gelassen und verraten. Diese Stimmung hat sich im BREXIT-Votum in Wut und in einer Rebellion gegen das übrige Europa, vor allem aber auch in einer Rebellion gegen die Arroganz und Abgehobenheit der eigenen, britischen Eliten entladen, deren Verhalten nicht bloß Indifferenz, sondern blanke Verachtung der übrigen Gesellschaft reflektiert.

Wie anders als durch Abgehobenheit und Arroganz lässt sich erklären, dass der damalige Regierungschef Tony Blair dem us-Präsidenten George W. Bush für einen unbedachten, sinnlosen, endlosen und erfolglosen Krieg im Irak in persönlichen Gesprächen unbegrenzte Unterstützung zugesagt hatte, ohne zuvor seine Kollegen in der Regierung, ohne seine Partei, ohne seine Wähler oder das Parlament zu konsultieren? Wie anders lässt sich erklären, dass durch Jahrzehnte der Sozialstaat zurückgefahren wurde; dass man nichts gegen die De-Industrialisierung und die Verödung riesiger Teile des Landes unternommen hat, und die politische Energien statt dessen darauf verwendet hat, in der reichen Metropole London die Interessen des Finanzkapitals zu schützen? Wie anders als durch Arroganz und Abgehobenheit lässt sich erklären, dass der jetzige Außenminister Boris Johnson in heiterer Unbekümmertheit zugeben konnte, als Politiker und Journalist routinemäßig gelogen zu haben? Dass die britischen politischen Eliten für all das einmal abgestraft würden, das war unausbleiblich.

## **NEGATIVE STIMMUNG**

Zusätzlich angeheizt wurde die negative Stimmung durch massive Einwanderung und der dadurch bedingten Furcht, durch diese massive Einwanderung aus dem gewohnten Leben verdrängt zu werden. Die überwiegende Mehrzahl der Einwanderer kam zuletzt aus den neuen östlichen EU-Mitgliedsstaaten. Schon einige der in früheren Wellen nach Großbritannien eingewanderten, damals noch hauptsächlich aus den Commonwealth-Staaten stammenden Menschen, waren – wie etwa die Pakistanis oder Bangladeschis – wirtschaftlich rascher vorangekommen als die einheimischen Briten. Vermehrt trifft das nun zu auf die aus Osteuropa stammenden Gruppen von neueren Einwanderern. Im Durchschnitt verfügen sie über eine bessere Ausbildung. Jedenfalls machen sie den einheimischen Briten die Arbeitsplätze streitig und drücken das Lohnniveau.

Daneben haben auch britische Eigenheiten die Verabschiedung vom übrigen Europa erleichtert. Das starke Selbst-

vertrauen und die stille Überheblichkeit der Briten ist auch geschichtlich begründet. Anders als die Staaten des restlichen Europa wurde das Land seit dem Ende der Bürgerkriege im 17. Jahrhundert von keinen schweren inneren Krisen erschüttert. Das Vereinigte Königreich war die erste große europäische Demokratie und es gab auch später keinen Bruch der rechtlichen, verfassungsgemäßen Kontinuität. Aus den großen Kriegen des 18., 19. und 20. Jahrhunderts ist es als Sieger hervorgegangen. Der Abschied vom Status einer überragenden Weltmacht war fließend und fast unbemerkt. Aus dem Empire wurde das »Commonwealth« und dieses verdrängte allmählich zur Bedeutungslosigkeit. Es gab keine gewaltsamen Brüche – so wie etwa in Frankreich mit dem verlustreichen und verlorenen Algerienkrieg.

## SONDERSTELLUNG IN DER EU

All das hat das Bewusstsein und Selbstverständnis der Briten geformt. Es ist verständlich, dass sie meinen, anders – und auch besser – zu sein als die übrigen Europäer. All das hat sie ermutigt, in der Europäischen Union eine Sonderstellung anzustreben und durchzusetzen. Das Vereinigte Königreich ist nicht Mitglied der Euro-Zone. Es gehört nicht zum »Schengen-Gebiet«, in dem die EU-Binnengrenzen unsichtbar geworden waren. Es hat erfolgreich auf zahlreichen Ausnahmen im Bereich des Gerichts- und Polizeiwesens bestanden; und hat eine nicht vertragskonforme Minderung seiner Beiträge zum EU-Budget durchgesetzt. Im Bestreben, trotz EU-Mitgliedschaft maximale Unabhängigkeit zu wahren, hat das Vereinigte Königreich schließlich weitere Fortschritte im europäischen Einigungsprozess verhindert. Es hat sich erfolgreich gegen den Ausbau einer gemeinschaftlich-europäischen Sozialpolitik gewehrt; ebenso wie – zum Schutz der Interessen seiner in London ansässigen Finanzindustrie – gegen eine striktere Regelungen der Finanzmärkte. Und es hat schließlich, ebenfalls mit Erfolg und zum tiefen Schaden Europas, zu verhindern gewusst, dass die Europäische Union in außen- und sicherheitspolitischen Fragen geeint auftritt und mit einer Stimme spricht.

Darf man sich daher erleichtert fühlen, wenn sich der britische Störenfried nunmehr aus der Europäischen Union verabschiedet? Wird das die europäische Kohärenz stärken und es ermöglichen, sich tatsächlich hin zu einer »immer engeren Union« zubewegen? Ein solcher Schluss wäre vorschnell und unbegründet. BREXIT ist nicht Anlass zu Freude und Schadenfreude. BREXIT sollte vielmehr tiefe Betroffenheit auslösen. Denn erstens geht der Union mit Großbritannien ein

strategisch wichtiges, ja ein in vieler Hinsicht unersetzliches Mitglied verloren. Zweitens aber – und vor allem – könnte BREXIT der erste fallende Dominostein sein, der auch andere EU-Staaten zum Fallen, zur zunehmenden Distanz zu Europa und schließlich sogar zu einem Ausscheiden aus der Union motivieren könnte. Der Finanzplatz London ist der bei weitem wichtigste Finanzplatz Europas. Das Vereinigte Königreich ist das militärisch stärkste Mitglied der Union. Es hat bewiesen, gewillt und auch in der Lage zu sein, sein Militär weltweit einzusetzen. Großbritannien verfügt über Atomwaffen, einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen und einen überaus wirksamen Geheimdienst mit Sonderbeziehungen zu den entsprechenden amerikanischen Diensten. Großbritannien betreibt ein dichtes Netz von diplomatischen Vertretungen und es kann solides außenpolitisches »Know-How« mobilisieren. Seine Sprache ist die Weltsprache schlechthin. Seine Spitzen-Universitäten und Forschungseinrichtungen finden auf dem europäischen Kontinent kaum ihresgleichen. Mit diesen kontinentaleuropäischen Universitäten und Forschungseinrichtungen sind sie dennoch eng vernetzt. Schließlich war Großbritannien dem mächtigen Deutschland nicht bloß Partner, sondern auch wirksames Gegengewicht. Sein Ausscheiden aus der Union macht die deutsche Dominanz nunmehr unabwendbar und unerträglich.


## SCHWERER, HANDFESTER VERLUST

BREXIT bringt der Union also einen schwereren, handfesten Verlust. Aber der so entstandene ideell-politische Schaden übersteigt diesen Verlust noch bei weitem. Großbritannien, das vor nur siebzig Jahren die halbe Welt beherrscht hat, dieser Staat hat der Europäischen Union nun – man könnte sagen fast genussvoll – den Rücken gekehrt. Das hat gezeigt, dass ein für die übrige Welt beispielhafte Friedens- und Einigungsprozess umkehrbar ist. Europa hat damit seine Funktion als Leitbild verloren.

Es geht aber nicht nur um das Ansehen Europas und um seine politische Leitbildfunktion. Es geht um die Existenz der Union selbst. Jene Kräfte, welche den BREXIT vorangetrieben haben, sind nämlich auch in fast allen anderen Mitgliedstaaten der Union wirksam. BREXIT könnte daher ansteckend sein. Überall hat sich die Ungleichheit in Einkommen und Vermögen geweitet. In den meisten EU-Mitgliedstaaten kam es zu einer De-Industrialisierung. Arbeitsplätze wurden – oft ersatzlos – vernichtet. Eine untere Mittelschicht ist zutiefst verunsichert und angsterfüllt. In dieser Situation wird alles Fremde unweigerlich bedrohlich und zum Sündenbock. Das trifft nicht nur

das ferne »Brüssel«. Das trifft auch die Einwanderer aus der Europäischen Union und aus außereuropäischen Ländern.

Der Staat wurde dabei vom gemeinsamen Haus zum erklärten Gegner. Die neoliberale Ideologie hat ihn, und damit das Prinzip des gemeinsamen solidarischen Handelns, zuvor verächtlich gemacht und stattdessen engen Egoismus und Eigennutz gefördert (»Weniger Staat – mehr privat«). Demzufolge dürften sich auch die Benachteiligten und Deklassierten vom Staat keine Hilfe erwarten. Durch dieses Abseits-Stehen vor konkreten Problemen, aber auch durch ihre inhaltslosen Schaukämpfe haben sich die politischen Eliten der Bevölkerung entfremdet. Man misstraut ihnen grundsätzlich und zwar so sehr, dass man ihre Empfehlungen nicht bloß ignoriert, sondern ihnen bewusst entgegenhandelt.

Seinen Niederschlag findet all das in europafeindlichen, nationalistischen ansatzweise nicht-demokratischen Parteien. Sie befinden sich im Vormarsch. Wie es scheint, kann ihnen kein Appell an Vernunft und Eigeninteresse Einhalt gebieten. Die alten »staatstragenden« Parteien und die Regierungen weichen zurück. Allenorts will man (oft unter dem Mantel einer »Subsidiarität«) die Europäische Union zurückstutzen. Ein Ende dieser »Schubumkehr« ist nicht in Sicht. Die Folge ist im besten Fall eine Schwächung, und im schlimmsten Fall der Zerfall der Europäischen Union. 

#### THOMAS NOWOTNY

ist Jurist und war jahrzehntelang im diplomatischen Dienst der Republik Österreich tätig. Von 1970–1975 war er Sekretär im Kabinett von Bundeskanzler Bruno Kreisky, 1983–1993 Leiter der Grundsatzabteilung des Außenministeriums, danach bei der OECD in Paris und in vielen anderen Funktionen tätig. Im »Ruhestand« lehrt er »Internationale Beziehungen« an der Universität Wien.

**sex in wien**  
wien museum



»WIENER NACKEDEIEN«, 1906  
© Imagno/Austrian Archives

# Politische Organisation sozialer Verantwortung und Identität

**Catherine Spöck sieht** Persönlichkeitsentwicklung als vernachlässigten Teil der politischen Agenda und vertritt den Standpunkt, dass ein stärkerer politischer Fokus auf diesen Bereich sinnvoll wäre, um die negativen politischen Folgen der parallel umzukehrenden negativen ökonomischen Entwicklungen einzudämmen.

**E**in Mehr an zufriedenen und handlungsfähigen Menschen ist wünschenswert und die Grundlage zur Gestaltung unserer Welt. Steuerungsmechanismen, die das Zusammenleben der Menschen sichern, indem sie die Entwicklung von Selbst- und sozialer Verantwortung fördern, werden gebraucht.

Eine gesteuerte Entwicklung des homo oeconomicus zum homo politicus bringt Vorteile mit sich: die Bewusstheit über die Auswirkungen des eigenen Handelns auf die Umwelt und in einer globalisierten Welt auf die ganze Welt, die notwendigen intrapersonellen Fähigkeiten, um Verantwortung und Solidarität zu leben, die Erkenntnis, dass Eigenverantwortung und soziale Verantwortung sich gegenseitig bedingen. Die Förderung der Ich-Entwicklung ist ein machtvolleres Werkzeug zur Lösung gesellschaftspolitischer Herausforderungen.

## CHANGENGLEICHHEIT UND SOLIDARITÄT

Will man Solidarität, ist es notwendig, mit dem Verbindungselement derer, die sich aus unterschiedlichen Gründen benachteiligt fühlen, zu arbeiten: Ängste, Gefühle der Unsichtbarkeit, Benachteiligung und Ohnmacht.

Ängste und Ärgernisse üben maßgeblichen Einfluss auf Leistungsbereitschaft und soziale Beziehungen aus. Der Glaube an sich selbst ist der erste Schritt zum Erfolg. Das erfahrungsbetätigte Wissen, dem Leben nicht unkontrolliert ausgeliefert zu sein, motiviert Menschen ihre Zukunft aktiv zu gestalten. Die mit der Aufgabenerledigung verbundenen Gefühle sind positiv: Selbstsicherheit, Freude und Stolz anstelle von Missgunst, Angst und Selbstzweifel. In weiterer Folge entwickelt sich Empathie und Solidarität. Während Schulpflicht selbstverständlich ist, finden Erkenntnisse über

die Zusammenhänge von Persönlichkeitsentwicklung und Lebensqualität in der Politik bisher wenig Beachtung. Wirkliche Chancengleichheit kann dann entstehen, wenn Persönlichkeitsentwicklung für alle zugänglich ist. Unfaire Rahmenbedingungen vergiften hingegen das gesellschaftliche Klima und verhindern ein produktives Zusammenleben.

## VOM AKTIONISMUS...

Die Entwicklung von (Selbst-)verantwortung sowie Handlungs- und Beziehungsfähigkeit sind wichtige Voraussetzungen, die Rollen in Familie, Beruf und Demokratie erfolgreich auszugestalten. Nicht alle Menschen sind in der Lage, die erforderlichen intrapersonellen Ressourcen aus eigener Kraft aufzubringen. Gesellschaftliche Entwicklungen und familiäre Sozialisationsbedingungen tragen dazu bei, dass die Entwicklungsmöglichkeiten, quer durch alle Gesellschaftsschichten, sehr ungleich verteilt sind.

Enormes wirtschaftliches Wachstum brachte Reichtum und unzählige Erleichterungen mit sich. Die Überbetonung des Leistungsbegriffes führt jedoch dazu, dass der Mensch nicht mehr zu sich selbst findet. Zeit für innere Entwicklung ist knapp. Der Nachteil derer, die durch ungünstige Sozialisationsbedingungen hier einen Mangel haben, wird größer. Der Unterschied innerhalb der Gesellschaft nimmt zu. Der *Economist* charakterisiert unsere Gesellschaft mit folgender Metapher:

»Wie jedes gejagte Tier weiß, kommt es nicht darauf an wie schnell man läuft, sondern ob man langsamer ist als jemand anders.«

Sowohl die Schnellen als auch die Langsamen nehmen Nachteile in Kauf. Die Geschwindigkeit wird bis ans Äußers-



te getrieben. Bereits Hannah Arendt beschreibt die politische Dimension des Ungleichgewichts zwischen Arbeiten und gemeinsamen Handeln (Reflexion) eindrücklich. Sie erkennt, dass aus dem Fehlen von Reflexion zugunsten einer Verdinglichung der Welt Unterschiede in den Lebenschancen der einzelnen Menschen begünstigt werden. Der hohe Stellenwert der Arbeit ersetzt den öffentlichen Raum für das Denken, wodurch auch die Möglichkeit des gemeinsamen Handelns verloren gegangen ist – ein wesentlicher Inhalt von Politik. Neben dem fehlenden Raum für das gemeinsame Handeln geht auch die Wahrnehmung der Gesellschaft für ihre eigene Bedingtheit verloren.

### ... ZUM BEWUSSTEN HANDELN

Zum Glück gelang es, in der fluiden postmodernen Gesellschaft starre Rahmen abzuschaffen. Ein stabilisierendes Innenskelett zu entwickeln, wurde dabei in weiten Teilen verabsäumt. Die Folgen sind sichtbar. Die WHO prognostiziert eine massive Zunahme von Depression und Angst in den westlichen Industrienationen. Eine neue Form der Beziehung zu uns und zu anderen muss gefunden werden. Denn Angst und Erregung als typische Empfindungen unserer Zeit lassen handlungsrelevantes Denken nur bedingt zu. Sie aktivieren archaische Notfallprogramme im Hirnstamm: Angriff, Flucht und Erstarrung. Neugier erlischt, Lernen ist nicht in vollem Umfang möglich. Auch die Entwicklung von Empathie und sozialer Kompetenz wird gehemmt).

### NEUDEFINITION WACHSTUM

Jeder weiß, Wohlbefinden ist nicht gleich materieller Wohlstand. Die tragenden Säulen für Wohlbefinden sind unsere Möglichkeiten, physisch, psychologisch und sozial zu gedeihen. Der Befriedigung unserer körperlichen und materiellen Wünsche folgt das Kümmern um unser psychisches Wohlbefinden. An dieser Stelle scheint der Selbstregulationsmechanismus unserer Gesellschaft gestört zu sein. Wie in einer Schleife streben viele nach mehr an Materiellem, bevor sie sich um das eigene psychische Wohlbefinden kümmern. Die Neudefinition des Begriffes Wachstum, nämlich inneres Wachstum, ermöglicht die Lösung der bestehenden Probleme.

Die Effizienzsteigerung trifft das Wohlbefinden hart. Solidarität kann nicht erzwungen werden. Vielmehr geht es darum, Zusammenhänge klar darzustellen. Scham- wie Schuldgefühl gelten beispielsweise als krankmachende Gefühle, Bilder von leidenden Menschen wirken ohne unseren Einfluss durch

die Wahrnehmungskanäle auf unseren Körper. Stress, Angst und andere unangenehme Gefühle lösen in unserem Körper biochemische Prozesse aus. Forschungsergebnisse deuten darauf hin, dass sowohl sogenannte Gewinner/-innen als auch Verlierer/-innen des Systems von einer Neudefinition des Wachstumsbegriffs und einer Restrukturierung profitieren.

### AUTONOMIE UND LEISTUNGSFÄHIGKEIT

Das Volumen der Erwerbsarbeit in Familien nimmt seit mehr als 25 Jahren zu. Zugleich sinkt der Lebensstandard kontinuierlich und die staatlichen Leistungen für Erziehung, Bildung und Gesundheit werden reduziert. Während die Mittelschicht zunehmend proletarisiert wird, werden Teile der Bevölkerung pauperisiert. Die Anpassung an die Bedingungen der Gesellschaft geht mit einem Anstieg von psychosozialen Störungen einher. Eine Vielzahl von Menschen reagiert auf den gesellschaftlichen Druck mit den Notfallprogrammen unseres Gehirns. Diese können sich nach außen, auf die Umwelt, oder nach innen, auf das eigene Selbst, richten. Die Auswirkungen von Angriff, Flucht und Erstarrung in den verschiedenen Ausprägungen bringen unzählige Schwierigkeiten für die Menschen selbst, aber auch für unsere Gesellschaft mit sich.

Betrachtet man die Fähigkeiten, welche durch Persönlichkeitsentwicklung gefördert werden, werden die positiven Auswirkungen der Förderung von Persönlichkeitsentwicklung auf unsere Gesellschaft denkbar.

### WACHSTUM

Menschen wollen sich weiterentwickeln, wachsen, sich entfalten. Nicht das Wachstum als solches ist das Problem, sondern die Art. Qualitatives und quantitatives Wachstum müssen differenziert betrachtet werden. In den Diskussionen herrscht die Frage um die finanziellen Ressourcen vor, die Wichtigkeit intrapersoneller Ressourcen wird bis jetzt völlig vernachlässigt. Der bekannte Lösungsweg der Anhäufung von Macht und Wissen ist eine Sackgasse. Obwohl Macht und Wissen lange Zeit geeignet waren Sicherheit zu generieren, ist ihre Kombination selbst zur Bedrohung geworden. Die zwangsweise Zurückgelassenen bedrohen Wohlstand und Macht der Vorangeschrittenen. Deren Macht reicht nicht aus, um die alte Ordnung wiederherzustellen. Wir können jedoch in die Entwicklungsrichtung eingreifen. Menschen zu kooperativen Leistungen zu ermutigen und die existenzielle Angewiesenheit auf die Mitmenschen bewusst zu machen, ist die Herausforderung unserer Zeit.

Laissez-faire Individualismus bringt vor allem drei Probleme mit sich:

- Physische und materielle Grenzen
- Zerstörung von Kreativität und Innovation
- Effizienzsteigerung kollidiert mit Wohlbefinden

Kollektive Organisation sozialer Verantwortung ist möglich durch:

- Entgrenzung der Ökonomie vermeiden
- Bedeutung der Relationen deutlich machen
- Erkenntnisse aus Sozial- und Neurowissenschaft nutzen
- Intrapersonelle Ressourcen fördern
- Neudefinition des Leistungsbegriffes

Fast immer befinden wir uns im unbewussten Zustand über die Trends unserer Zeit. So wie ein Frosch der in kaltem Wasser sitzt, dessen Temperatur so langsam verändert wird, dass sich kein Augenblick vom vorigen abhebt. Der Frosch springt nicht, er wird gekocht.

Selbstreflexion führt weg vom bloßen Reagieren hin zum bewussten Agieren. Der Ausfall von traditionellen Sinninstanzen und die damit verbundene Rücknahme von Autorität muss durch den Aufbau von inneren Haltungen ersetzt werden. Bewusstheit über sich selbst ist die wichtigste Voraussetzung zur Handlungsplanung und steht unbewusstem Handeln gegenüber.

## NOTWENDIGE MASSNAHMEN ZUR UMSETZUNG

Um den komplexen Wirkfaktoren Rechnung zu tragen und unsere Lebensqualität sowie Frieden langfristig sicher zu stellen, benötigen wir ein Gegengewicht zur wirtschaftlichen Ausrichtung unserer Gesellschaft:

Dazu braucht es auf Bundesebene ein eigenes Ressort für Identität und Werte, welches sich mit der gesellschaftlichen Struktur, dem Ist- und dem Soll-Zustand auseinandersetzt. Für jede/-n Österreicher/-in soll klar sein, nach welchen Werten sich die Gesellschaft ausrichtet und welche Zielrichtung vorgegeben ist. Dem bis jetzt allem übergeordneten Ziel des wirtschaftlichen Wachstums wird ein gleichberechtigter Gegenpol beigestellt, um das aus dem Gleichgewicht geratene System zu stabilisieren. Wirtschaft ist wichtig, sie soll dafür sorgen, dass es den Menschen und dem Land gut geht, sie kann jedoch nicht zum Selbstzweck werden. Der

Zweck, der Sinn, ist übergeordnet und benötigt ebenso große Aufmerksamkeit.

Sieht man sich die derzeitige Aufteilung der Ministerien an, ist daran wenig logische Struktur zu erkennen. So ist beispielsweise nicht nachvollziehbar aus welchem Grund Angelegenheiten von Männern, Konsument/-innen und Pensionist/-innen im Sozialministerium angesiedelt sind, während Frauenangelegenheiten im Gesundheitsministerium abgehandelt werden. Ein das Gesamtsystem (Organisation und Bürger/-innen des Staates Österreich) reflektierendes, ordnendes und an staatlichen Zielen ausgerichtetes Ressort fehlt. Die gesellschaftspolitische Struktur, die Beziehungen und wechselseitige Auswirkungen der einzelnen Interessensgruppen müssen aufgezeigt werden um ein ausgeglichenes, fair gewichtetes und logisch nachvollziehbares System zu schaffen.

Die Auseinandersetzung mit Identität und Werten kann keine Nebenerscheinung sein. Das Entwicklungsziel und die notwendigen Schritte sind zu planen. Anhand der Flüchtlingskrise ist deutlich geworden, wie schwierig Herausforderungen zu handhaben sind, wenn nicht klar ist, was der gesellschaftliche Konsens, die Identität ist. Während Teilbereiche des gesellschaftlichen Lebens wie beispielsweise Sport ein eigenes Ressort haben, ist diese wichtige Thematik in der Vergangenheit als Anhängsel mitbehandelt worden.

Eine zweite Aufgabe dieses Ressorts muss die Auseinandersetzung mit den vorhandenen Fähigkeiten und Fertigkeiten der Bürger/-innen sein. Ein genaues Fähigkeitsprofil der Bevölkerung ist notwendig, um es dem Anforderungsprofil gegenüberzustellen und daraus notwendige Handlungsschritte abzuleiten. Kann in einem ersten Schritt geklärt werden, welche Werte und gesamtgesellschaftlichen Ziele Österreich verfolgt, braucht es in einem nächsten Schritt die Ist-Analyse. Danach werden auf verschiedene Bevölkerungsgruppen zugeschnittene Maßnahmen zum selben Ziel entwickelt werden. Auf diese Weise kann jede/-r seinen / ihren Beitrag leisten. Das gesamtgesellschaftliche Zugehörigkeitsgefühl wird gestärkt, Missgunst und Neid vermieden. Anforderungsprofile – die zurzeit vor allem von der Wirtschaft entwickelt werden – können nicht greifen, ohne auf das einzugehen, wer die Menschen sind und was sie zur Aufgabenerfüllung benötigen.

Als dritter Schritt ist es folglich wichtig, ein emotionales Stimmungsbild der Bevölkerung zu erheben. Das floskelhafte Ernstnehmen der Ängste der Bevölkerung ist für weite Teile

der Bevölkerung unglauwbüdig, wie aus Umfragen ersichtlich ist. Auch hier wird die Installation einer Expert/-innen-gruppe benötigt, um wirkungsvolle Maßnahmen zu erarbeiten, die die gesamtgesellschaftliche Stimmung beeinflussen. In diesem Bereich ist es wichtig, neben Medienexpert/-innen das Wissen von Berufsgruppen zu nutzen, deren Aufgabe gerade darin besteht, Menschen in emotional schwierigen Situationen zu unterstützen. Es reicht nicht aus, psychosoziale Einrichtungen als Reparaturstätten am Rande der Gesellschaft zu installieren, sie gehören als aktive Gestalter/-innen in die Mitte des politischen Geschehens.

Als Beispiel sei »Mein Leben in Österreich« die Lernunterlage zum Werte- und Orientierungskurs des Außenministeriums angeführt. Sie enthält als einen Punkt Vielfalt des Zusammenlebens – kulturelle Integration. Anstatt vorauszusetzen, dass Menschen andere Lebensweisen respektieren, ist es notwendig ein systematisches Gesamtkonzept zu entwickeln, um unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen zu ermöglichen, sich entsprechend diesem Wert zu entwickeln. Es kann nicht angenommen werden, dass die Information über einen Wert genügt.

Im vierten Schritt geht es um die Information der Bürger/-innen. Kampagnen, die einerseits die eingeschlagene Richtung deutlich machen und andererseits über neurobiologische und geisteswissenschaftliche Erkenntnisse informieren. Der Unterschied zwischen materiellem Wohlstand und Wohlbefinden muss geklärt werden. Materieller Wohlstand ist ein wesentlicher Faktor von Wohlbefinden, aber eben nur ein Faktor. Forschungsergebnisse zeigen, dass Faktoren wie Solidarität und Gleichheit immense Bedeutung für das Wohlbefinden haben. Das Image von Geisteswissenschaften muss aufgewertet werden.

Weiters ist Persönlichkeitsentwicklung als verpflichtende Weiterbildungsmaßnahme für Beamte und als Unterrichtsfach für Schüler/-innen einzuführen. Freiheit in der Methodewahl ist oberstes Prinzip. Eine Vielzahl an Menschen bilden sich bereits in diesem Bereich. Was fehlt, ist die Schnittstelle zwischen persönlichem Engagement und dem Nutzbarmachen für die Gesellschaft.

Die systematische und offene Auseinandersetzung mit dem Leistungsbegriff ist die fünfte Aufgabe dieses Ressort. Wieviel Leistungen Wert sein können und wie viel Leistungen Wert sein müssen, um den Selbstwert von Menschen

## LITERATUR

**Amft, Hartmut** (2006): ADHS: Hirnstoffwechselstörung und/oder Symptom einer kranken Gesellschaft? Psychopharmaka als Mittel einer gelingenden Naturbeherrschung am Menschen. In: Marianne Leuzinger-Bohleber; Yvonne Brandl; Gerald Hüther (Hg.): ADHS – Frühprävention statt Medikalisierung. Theorie, Forschung, Kontroversen; 3 Tabellen. 1. Aufl. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht (Schriften des Sigmund-Freud-Instituts / 2, 4), S. 70–90. | **Bateson, Gregory** (1984): Geist und Natur. Eine notwendige Einheit. 3. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp (Suhrkamp-Wissenschaft, Weisses Programm). | **Grunenberg, Antonia** (2005): Hannah Arendt (1906-1975). In: Wilhelm Bleek und Hans J. Lietzmann (Hg.): Klassiker der Politikwissenschaft. Von Aristoteles bis David Easton. München: C.H.Beck, S. 209-222. | **Hehenberger, Christian** (2012): Die Zukunft fest im Griff. Trends, die unser Leben, die Wirtschaft und Gesellschaft bis 2020 verändern; Philosophie trifft Zukunft! HE-PACEM® – das neue Strategiemodell für erfolgsorientierte Unternehmen & Führungskräfte. Golden Edition. Gutau: Institut für Marketing und Trendanalysen. | **Höffe, Ottfried** (1999): Demokratie im Zeitalter der Globalisierung. München: C.H.Beck. | **Hüther, Gerald** (2011): Biologie der Angst. Wie aus Stress Gefühle werden. 10. Aufl. Göttingen [u.a.]: Vandenhoeck & Ruprecht. | **Jackson, Tim** (2009): Prosperity without growth. Economics for a Finite Planet. New York: Earthscan | **Ringel, Erwin** (1984): Die österreichische Seele. 10 Reden über Medizin, Politik, Kunst u. Religion. 5. Aufl. Wien [u.a.]: Böhlau (Dokumente zu Alltag, Politik und Zeitgeschichte, 5). | **Strasser, Johano** (2013): Gesellschaft in Angst. Zwischen Sicherheitswahn und Freiheit. 1. Aufl. Gütersloh: Gütersloher Verl.-Haus. | **Zilian, Hans-Georg** (2005): Unglück im Glück. Überleben in der Spassgesellschaft. Graz: Styria (Bibliothek der Unruhe und des Bewahrens, 11).

nicht zu unterminieren, ist ausschlaggebend. Die bestehende Ungleichheit und ihre Auswirkungen auf Selbstwert und Gesundheit können wir uns schlicht nicht leisten. Anhand der gesellschaftlichen Wertigkeit von Familienarbeit und deren Auswirkung auf die Entwicklungschancen von Kindern wird auch in diesem Bereich ein Bedürfnisungleichgewicht deutlich. Die Schäden, die entstehen sind enorm. Viele namhafte Autoren wie Michael Sandel haben hierzu geforscht.

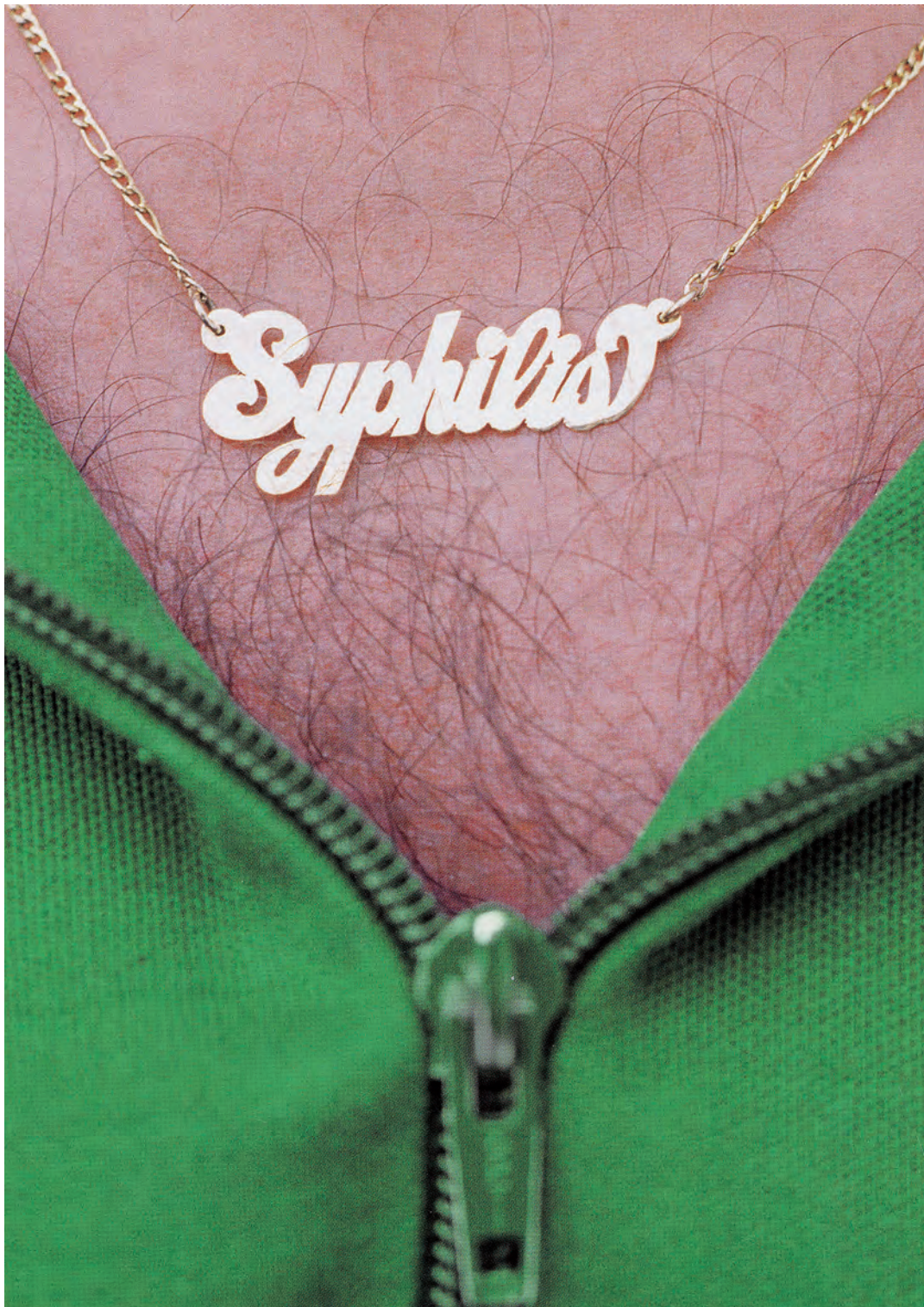
Sowohl der Staat als auch jede/-r Einzelne muss sich für die vier Lebensbereiche Alltag, Selbsterhaltung, Produktivität und Freizeit im Klaren darüber sein, wo er/sie hinstrebt, wofür er/sie sich einsetzen möchte, und was ihn/sie begeistert. Finden diese Prozesse koordiniert statt, entsteht ein enormes Ressourcenpool, welches bis jetzt nicht nur ungenutzt ist, sondern sich in vielen Fällen in eine destruktive Richtung bewegt. Eine innere Haltung, welche die offiziellen Werte von Österreich ausdrückt, muss möglich und für jede/-n Einzelne/-n leistbar sein – sonst füllen sich leere Worthülsen mit Enttäuschung.

Die einseitige Beeinflussung der Bevölkerung mit wirtschaftlichen Paradigmen braucht ein Gegengewicht, um Kooperation und Selbstverantwortung zu fördern. Dazu ist es notwendig, sich in der gleichen Ernsthaftigkeit Gedanken über den Zweck des Lebens wie über die Maßnahmen zum Erhalt des Lebens zu machen. Politiker/-innen soll die Angst vor Wähler/-innen genommen werden. Den Menschen ist die Wahrheit zumutbar, wenn sie die Möglichkeit haben Fähigkeiten zu entwickeln, um mit ihrer Angst umzugehen. 🍇

### CATHERINE SPÖCK

ist selbständige Ergotherapeutin, CranioSacral Therapeutin und Coach in Linz. In ihrer Masterthesis (Supervision und Coaching in Organisationen) setzte sie sich mit der Verantwortung über die Nutzbarmachung von Wissen aus dem Bereich der Persönlichkeitsentwicklung für unsere Gesellschaft auseinander.

**sex in wien**  
wien museum



KAMPAGNE »SYPHILIS - LASS DIR NICHTS ANHÄNGEN«, 2006  
Konzept und Entwurf Thomas Geisler, Christof Nardin  
Foto: Kollektiv Fischka/Kramar  
© Initiative Homed

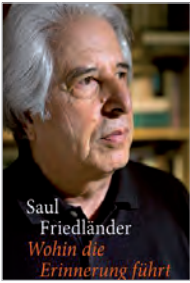


**sex in wien**  
wien museum



KONDOM AUS SCHAFSDARM,  
UM 1800, MUVS, Wien

# Männer, ihre Leben & Aufzeichnungen



**Saul Friedländer**  
WOHIN DIE ERINNERUNG FÜHRT

Den blutjungen Saul Friedländer drängt es nach Israel, wo er für die Gründung eines jüdischen Staates kämpfen will. Der Fünfzehnjährige fälscht das Geburtsdatum in seinem Pass und schiffet sich auf der »Altalena« ein. In kurzer Zeit lernt er die jüdische Kultur kennen, doch schon bald zieht es ihn wieder zurück nach Paris. Er studiert und erkennt, wohin die Suche nach der eigenen Identität ihn führen wird.

C. H. BECK, 329 Seiten, 27,80 Euro



**Didier Eribon**  
RÜCKKEHR NACH REIMS

Als sein Vater stirbt, reist Didier Eribon zum ersten Mal nach Jahrzehnten in seine Heimatstadt. Gemeinsam mit seiner Mutter sieht er sich Fotos an – das ist der Ausgangspunkt dieses Buchs, das autobiografisches Schreiben mit soziologischer Reflexion verknüpft. Es ist eine Analyse des sozialen und intellektuellen Lebens seit den fünfziger Jahren und fragt, warum ein Teil der Arbeiterschaft zum Front National übergelaufen ist.

SUHRKAMP, 240 Seiten, 18,50 Euro



**Iwan Maiski**  
DIE MAISKI-TAGEBÜCHER

Herausgegeben von Gabriel Gorodetsky. Aus dem Englischen von Karl-Heinz Siber. 1932 wurde Iwan Maiski zum sowjetischen Botschafter in London ernannt. Früher als andernorts hatte man im Kreml erkannt, dass Hitler vor den Toren der Reichskanzlei stand und seine »Machtergreifung« Europa einen neuen Krieg bringen konnte. Maiski sollte eine Annäherung Moskaus an die Westmächte vorbereiten.

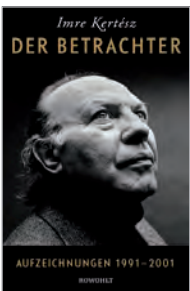
C. H. BECK, 896 Seiten, 36 Euro



**Hubert Fichte**  
ICH BEISSE DICH ZUM ABSCHIED GANZ ZART

Anfang der Sechzigerjahre lernten sie einander kennen: Hubert Fichte, der junge Schriftsteller, der seine Homosexualität zum Programm erhob; und die Architektur-Fotografin Leonore Mau, die das bürgerliche Familienleben satt hatte. Die rund achtzig erhaltenen Briefe Fichtes an Leonore Mau zeugen von einem schonungslosen Umgang, vom Ringen um Autonomie.

S. FISCHER, 256 Seiten, 26,80 Euro



**Imre Kertész**  
DER BETRACHTER

Aus dem Ungarischen von Heike Flemming und Lacy Kornitzer. Wohl bei keinem anderen Schriftsteller bilden Werk und Tagebuch ein so enges Geflecht wie bei Imre Kertész. »Der Betrachter« mit Notaten aus den Jahren 1991 bis 2001 schließt nun die Lücke zwischen beiden Tagebüchern »Galeerentagebuch« (1961–1991) und »Letzte Einkehr« (2001–2009). Es sind die Jahre nach der europäischen Wende.

ROWOHLT, 256 Seiten, 20,60 Euro



**Bruce Springsteen**  
BORN TO RUN

Seine Leidenschaft für den Rock'n'Roll kam in dem Moment, als er Elvis Presley zum ersten Mal in der Ed Sullivan Show sah, dem »Big Bang«, wie er es nennt. Er schildert seine Besessenheit, Musiker zu werden, seine ersten Erfolge als Barbandking in Asbury Park und den Aufstieg mit der E Street Band. *Born to Run* ist ein Buch für alle, die schon einmal im heiligen Wasser des Rock'n'Roll getauft werden wollten.

HEYNE, 672 Seiten, 28,80 Euro



# Rache, Hooligans & Adoptionen



**Aberto Barrera Tyszka**  
DIE LETZTEN TAGE DES  
COMANDANTE

Aus dem Spanischen von Matthias Strobel. Für die einen ist Hugo Chávez ein populistischer Diktator, für die anderen ein Befreier. Ein tiefer Graben, der auch durch die Familie von Miguel Sanabrias verläuft. Als die Meldung von Chávez, prekärem Gesundheitszustand die Runde und Miguel geheime Aufzeichnungen des kranken Führers zugespielt werden, sieht er sich gezwungen, Position zu beziehen.

**NAGEL UND KIMCHE**, 256 Seiten, 22,70 Euro



**Hilary Mantel**  
IM VOLLBESITZ DES  
EIGENEN WAHNS

Aus dem Englischen von Werner Löcher-Lawrence. Muriels Energie ist ungebrochen. Auch wenn sie sich selbst als verrückt und dumm bezeichnet, legt sie eine bemerkenswerte Kreativität an den Tag, um Rache zu üben. Bei den Sydneys schleicht sie sich als grell geschminkte Putzfrau Lizzie ein; bei Isabel pflegt sie deren Vater im Altenheim als selbstlose, arme alte Mrs. Wilmot.

**DUMONT**, 288 Seiten, 23,70 Euro



**Philipp Winkler**  
HOOL

Jeder Mensch hat zwei Familien. Die, in die er hineingeboren wird, und die, für die er sich entscheidet. „Hool“ ist die Geschichte von Heiko Kolbe und seinen Blutsbrüdern, den Hooligans. Philipp Winkler erzählt vom großen Herzen eines harten Jungen, von einem, der sich durchboxt, um das zu schützen, was ihm heilig ist: seine Jungs, die besten Jahre, ihr Vermächtnis.

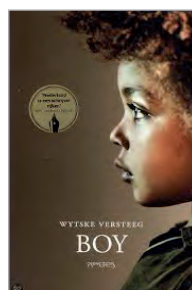
**AUFBAU VERLAG**, 310 Seiten, 20,60 Euro



**Friedrich Ani**  
NACKTER MANN, DER BRENNT

Mit vierzehn Jahren flieht ein Junge aus dem süddeutschen Dorf Heiligsheim. Vierzig Jahre später kehrt er als Ludwig, »Luggi« Dragomir zurück. Seit seiner Anwesenheit verschwinden mehrere ältere Herren, einige werden tot aufgefunden – ob durch Unfall oder Mord? Unaufhaltsam läuft ein alle Grenzen der Grausamkeit sprengender Prozess ab – aus Opfern werden Täter.

**SUHRKAMP**, 223 Seiten, 20,60 Euro



**Wytse Versteeg**  
BOY

Aus dem Niederländischen von Christiane Burkhardt. Ein Paar nimmt in einem afrikanischen Kinderheim ihren Adoptivsohn in Empfang. Sie sind unsicher, aber voller Hoffnung. Sie wollen dieses Kind retten, ihm die Welt eröffnen, alle Zoos und Vergnügungsparks besuchen. Aber ihr Boy ist nervös, ängstlich, durch Kleinigkeiten zu verstören. Erst nuscht er, dann stottert er, dann hört er ganz auf zu sprechen.

**KLAUS WAGENBACH**, 240 Seiten, 11,30 Euro



**Colum McCann**  
VERSCHWUNDEN

Aus dem Englischen von Dirk van Gunsteren. S'khol - so nennt man im Hebräischen Eltern, die ihr Kind verloren haben. Im Deutschen gibt es dafür kein Wort. Rebecca ist Übersetzerin aus dem Hebräischen. Ihr Mann hat sie verlassen, und sie lebt mit dem gemeinsam adoptierten Sohn Tomas im irischen Galway an der Atlantikküste. Der dreizehnjährige Tomas schwimmt für sein Leben gern im offenen Meer.

**DÖRLEMANN VERLAG**, 112 Seiten, 15,40 Euro


# Ein historischer Rückblick

Eines der Argumente, mit denen die SPÖ vor der EU-Volksabstimmung 1994 für einen Beitritt Österreichs warb, lautete: Keynesianische Wirtschaftspolitik sei nur mehr in größeren Wirtschaftsräumen machbar, kleine Länder hätten angesichts des freien Kapitalverkehrs und fortgeschrittener Globalisierung kaum mehr Spielraum für eigene Wege in der Wirtschaftspolitik – wie etwa in den 1970er Jahren. Manche begriffen tatsächlich die EU und die Währungsunion als Projekte, Globalisierung sozial und beschäftigungsfreundlich zu gestalten. Angesichts der politischen Kräfteverhältnisse hätte die europäische Sozialdemokratie Ende der 1990er Jahre in Europa tatsächlich Mittel gehabt, dieses Versprechen einzulösen. Es sind aber keine wesentlichen Initiativen in diese Richtung überliefert, auch gab es nie ein Interesse, den verführerischen Begriff des »Eurokeynesianismus«, der damals in die Debatte geworfen wurde, durch konkrete Vorstellungen einer linken Ausgestaltung der europäischen Wirtschaftspolitik zu untermauern. Das Denken in Alternativen wurde insgesamt sistiert, Kritik an der neoliberalen Ausrichtung der EU als europafeindlich und rückwärtsgewandt diskreditiert. Und was am schwersten wiegt: Eine offene und die breite Bevölkerung erfassende Debatte ohne Denkverbote darüber, wie Europa gestaltet werden soll, wurde nicht geführt, weil man Europa als Projekt der Wohlstandsmehrung durch das wohlwollende Wirken von Technokraten verstand, das durch den demokratischen Willensbildungsprozess eher gestört würde.

Selbst die heute viel gescholtenen MainstreamökonomInnen, die angesichts der im Maastrichter Vertrag angelegten Konstruktionsmängel der Währungsunion die Lebensfähigkeit dieser in Frage stellten, haben die damalige Sozialdemokratie weit links überholt.

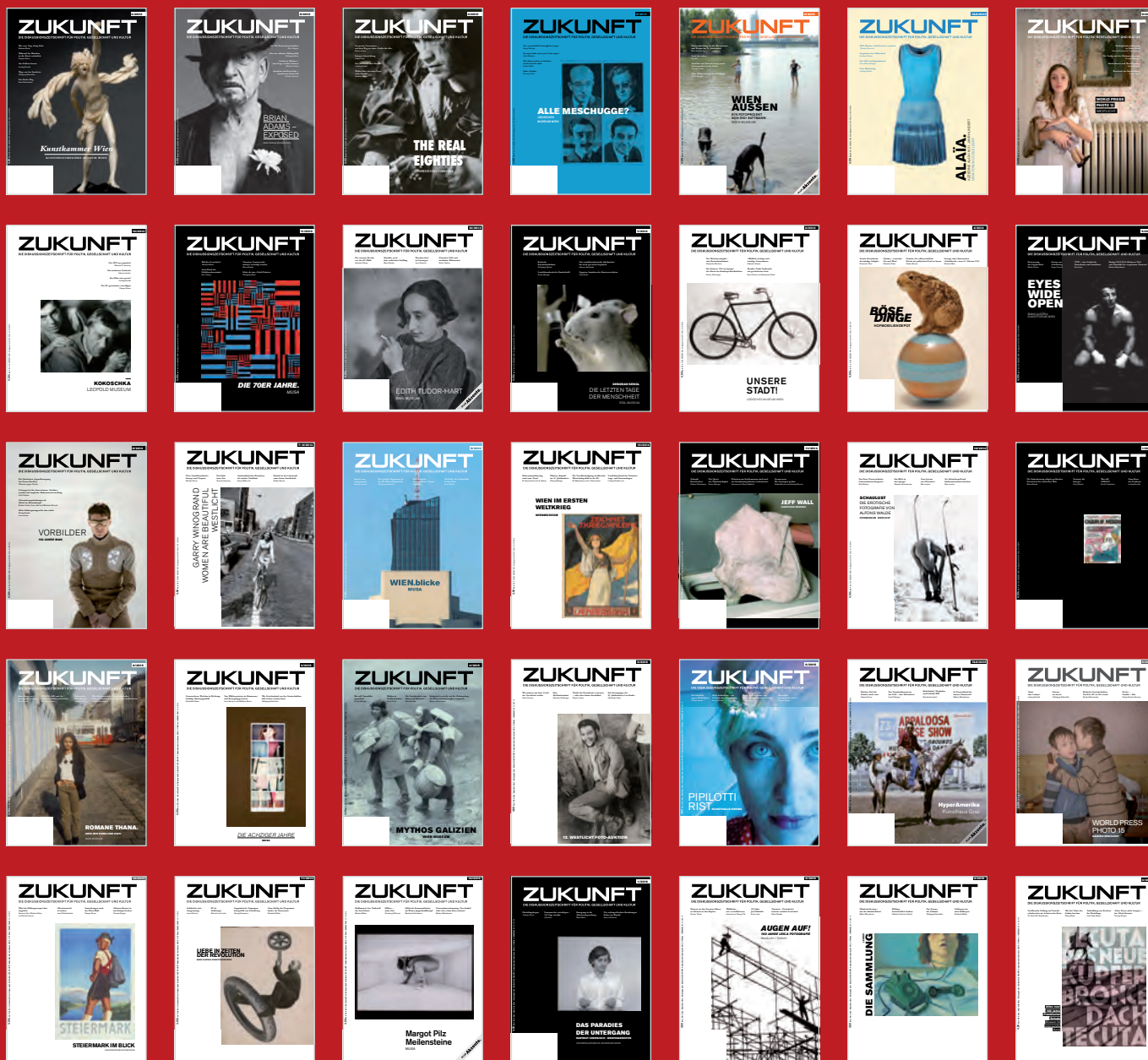
Dieser historische Rückblick macht die Abhängigkeit von Fehlern der Vergangenheit deutlich. Die Malaise war bereits in den 1990er Jahren programmiert. Sie hätte vermutlich vermieden werden können, wenn Elemente eines Eurokeynesianismus umgesetzt worden wären, wie sie beispielsweise damals vom deutschen Finanzminister Lafontaine gefordert wurden. Dass

sich heute, viele Jahre nach Krisenausbruch, die europäische Sozialdemokratie dazu durchringen konnte, sich vom Austeritätskurs abzuwenden und Beschäftigung und Wachstum durch öffentliche Investitionen zu fordern, ist zu begrüßen. Schließlich droht die Währungsunion auseinanderzubrechen, wenn sie sich nicht rasch aus der Stagnation befreit, wodurch eine starke Anpassungsrezession riskiert wird – Europa würde dann endgültig im Sumpf von autoritären Nationalismen und Xenophobie ersticken. Es geht aber um weitaus mehr als um die Rückkehr zu Vorkrisenwachstumsraten; es geht um mehr als um das Einlösen eines Versprechens von Wohlstandsmehrung für alle und die Kompensation von GlobalisierungsverliererInnen. Die Krise in Europa ist systemisch, letztlich auch Ausdruck der selbstzerstörerischen Kräfte, die dem kapitalistischen Wirtschaftssystem inhärent sind. »Karl Marx was right« lautete die Diagnose des Mainstream-Ökonomen Nouriel Roubini vor fünf Jahren. Die laufende Umverteilung des Faktors Arbeit zu Kapital unterminiert schließlich die Nachfrage und die Wirtschaftsdynamik und manövriert das System an seine Grenzen.

Zahlreiche fortschrittliche Konzepte zur Wiederbelebung und Weiterentwicklung der europäischen Wirtschaft liegen in den Schubladen, wie etwa Eurobonds, ein Euroraumbudget, Maßnahmen zur Verringerung des deutschen Leistungsbilanzüberschusses, etc. Eine systemische Antwort auf die Krise müsste aber auch die grundlegenden Probleme lösen: die steigende Diskrepanz zwischen dem gesellschaftlichen Wert der Arbeit und der Entlohnung durch den Markt, die steigende Ungleichheit der Einkommen, der Vermögen sowie der Arbeitszeit (auch zwischen den Geschlechtern), die Zurückdrängung strategischen öffentlichen Eigentums. All dies verlangt schließlich nach einer Neudefinition des Verhältnisses von Markt und Staat und nach einer Zurückdrängung der Hyperglobalisierung. 

**IRENE MOZART**  
ist Ökonomin in Wien.





# ZUKUNFT ABONNEMENT

Kupon ausschneiden  
& einsenden an:

VA Verlag GmbH  
Kaiser-Ebersdorferstraße 305/3  
1110 Wien

Ich bestelle  ein **ZUKUNFT**-Schnupperabo (3 Hefte) um 8,- Euro  
 ein **ZUKUNFT**-Jahresabo (11 Hefte) um 44,- Euro

Name:

Straße:

Ort/PLZ:

Tel.:

E-Mail:

Unterschrift: